

# Volksmacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

**Zeugpreis:** Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und in den durch die Haupt-Expedition Bismarckstraße 4/5 durch die Vertriebsstellen des „Volksmacht“, Neue Graupenstraße 5 und Bismarckstraße 106, Wetzlarstraße 155, sowie durch alle Anzeigenstellen zu beziehen. Der Preis beträgt monatlich 1.75 RM., + 8 Pf. Ertragsteuern. Durch den Postversand monatlich 1.75 RM. + 85 Pf. Ertragsteuern. 2.10 RM. Durch den Postversand. Zustellungsgebühren 2.40 RM.

## Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Bernspruch-Anschlüsse Geschäftsstelle 217 37, Redaktion 217 38

Postfach-Konto, Postfach-Nr. Breslau Nr. 5832.

Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Abbestellung eingelaufene Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

**Anzeigenpreis:** Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf., auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 20 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellenangebote, Vereins-, Vereinsangelegenheiten und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Klein-Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer werden bis zum 11. März (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Bismarckstraße 4/5 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

## Die Verhandlungen der Weimarer Koalition

### Die Verhandlungen nicht ohne Erfolgsaussichten

Berlin, 10. März. (Eig. Bericht.)

Die am Sonntag abend zwischen der Sozialdemokratie, dem Zentrum, der Bayerischen Volkspartei und den Demokraten unter Ausschluß der Volkspartei geführten Besprechungen über die Kassenanleihe wurden am Montag vormittag weitergeführt und schließlich auf Montag abend vertagt. Abends um 8 Uhr traten die Unterhändler der einzelnen Fraktionen wieder zusammen.

Im Verlauf der am Montag vormittag geführten Besprechungen gelang es, den Widerstand der Bayerischen Volkspartei gegen die Biersteuererhöhung im wesentlichen dadurch zu beheben, daß die in Aussicht genommene Erhöhung nicht, wie ursprünglich geplant, vom Reich, sondern von den Ländern durchgeführt werden soll. Der so im Reichstatut entscheidende Fehlbetrag in Höhe von 150 Millionen Mark könnte teilweise dadurch gedeckt werden, daß die Beiträge der Mineralwasser- und der Benzinsteuern reiflos der Reichskasse zugute kommen. Auch dann würden noch 70 Millionen Mark zur Deckung fehlen. Eine Teildeckung wäre möglich durch die Erhebung einer inneren Ausverkaufsteuer für die deutsche Benzolproduktion. Aber selbst wenn eine dahingehende Einigung zustande kommen sollte, müßte immer noch ein Betrag in Höhe von 40 Millionen Mark gedeckt werden.

Im Verlauf der Besprechungen spielte u. a. das Notopfer eine Rolle. Außerdem wurde eine eventuelle Erhöhung der Umsatzsteuer besprochen.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion nahm am Montag abend einen Bericht über den Stand der interfraktionellen Verhandlungen entgegen. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Berlin, 11. März. (Eig. Funkbericht.)

Die am Montag abend um 8 Uhr wieder ausgenommene interfraktionellen Besprechungen wurden gegen Mitternacht zu Ende geführt. In einer ganzen Reihe von Punkten wurde eine Verständigung erzielt. Jedenfalls befindet man sich auf dem Wege der Einigung. Die letzte Entscheidung dürfte in den Fraktions-Sitzungen fallen, die für heute vormittag bzw. in den ersten Nachmittagsstunden angesetzt worden sind.

Der wichtigste Punkt, über den eine Verständigung erzielt werden konnte, betrifft die Biersteuer. Sie soll von den Ländern durchgeführt werden, so daß der Gesamtbeitrag der Erhöhung den Ländern zufällt. Zum Ausgleich für den Ausfall sollen die Erträge der Mineralwassersteuer und des Benzin- und Benzolzolls in voller Höhe dem Reich zufließen. Außerdem soll neben dem Mineralölzoll ab sofort eine innere Benzin- und Benzolsteuer geschaffen werden. Darüber hinaus ist an die Erhöhung der Umsatzsteuer um 0,05 auf 0,80 Prozent und eine Belastung der Einfuhr gedacht. Ferner will man die Schaumweinsteuer und eine Gemeinde-Verbrauchssteuer einführen.

Erfolgt in den Fraktionen eine Verständigung über das von den Steuerfachverständigen ausgearbeitete Programm, dann dürfte auch der Erledigung der Pongengesetze irgendwelche Schwierigkeiten nicht mehr im Wege stehen.

Im Falle einer endgültigen Verständigung über das Deckungsprogramm zwischen der Sozialdemokratie, dem Zentrum, der Bayerischen Volkspartei und der Demokraten wird die Deutsche Volkspartei vor die Frage gestellt werden, ob sie bereit ist, nicht nur auf den Boden dieses Programms zu treten, sondern es anzunehmen. Aber trotzdem in dem Programm u. a. auch für 1931 die Kassenanleihe in Aussicht gestellt werden, dürfte die Volkspartei sich kaum zu einer Annahme entschließen. Das Ziel der interfraktionellen Fraktion ist nach wie vor, das Reichskabinett zu verlassen, um von der Verantwortung entbunden, die rebellischen Kreise im Lande wieder zu sammeln. In Regierungsangelegenheiten trägt man sich demnach mit dem Gedanken, die beiden Volksparteilichen Minister auch ohne bestimmte Beschlüsse der Volksparteilichen Fraktion an das Kabinett im Lande zu belassen. Dieser Plan ist auf nicht geringen Widerstand. Inwieweit er durchführbar ist, dürfte in erster Linie nicht von den Ministern Curtius und Moldenhauer selbst abhängen.

Die „Gormanica“ schreibt zu den Verständigungsaussichten der Volkspartei:

Die Aussichten eines letzten Verständigungsversuches mit der Deutschen Volkspartei darf nach ihrem bisherigen Verhalten nicht allzu hoch bewertet werden. Die Entscheidung, die sie dann treffen hat, würde nicht nur eine Entscheidung über ihre Mitwirkung an der Durchführung des Finanzprogramms, sondern zugleich auch eine Entscheidung über ihre weitere Zugehörigkeit zur Reichsregierung sein.

Berlin, 11. März. (Eig. Funkbericht.)

Der bayerische Ministerpräsident Dr. Feld und der Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei, der bayerische Landtagsabgeordnete Scheffer, weilten heute in Berlin. Ihre Anwesen-

heit ist auf die heute in den Reichsratsausschüssen beginnende Beratung der Finanzvorlage der Reichsregierung und auf die zurzeit mit der Fraktion der Bayerischen Volkspartei im Reichstag geführten interfraktionellen Verhandlungen zurückzuführen.

Es hat den Anschein, als ob die Bayerische Volkspartei unter dem Druck von Feld ihre Teilnahme an der Weimarer Koalition nur unter gewissen besonderen finanziellen Voraussetzungen zusagen will.

A. Kr. Es war an sich eine erfreuliche Wendung, daß die drei Parteien der Weimarer Koalition sich entschlossen, zu versuchen, ohne die rein großkapitalistisch eingestellte Deutsche Volkspartei zu einer Einigung unter sich und mit der Bayerischen Volkspartei über die Steuerfragen zu gelangen, weil dadurch die Möglichkeit entstand, das einseitig beifreundliche und massenfeindliche Finanzprogramm Moldenhauers zugunsten einer größeren Berücksichtigung der großen Massen der Arbeitenden zu revidieren. Man durfte hoffen, daß insbesondere die Beifreundlichkeit in der Form des Notopfers nun doch noch Wirklichkeit werden würde. Wie die vorstehenden Meldungen beweisen, scheint es nun aber doch nichts damit zu werden. Das ist eine neue schwere Enttäuschung. Die Pläne, die in der zweiten vorstehenden Meldung angedeutet werden, sind unseres Erachtens nicht viel besser als der Moldenhauersche Plan, solange nicht eine Ergänzung durch das Notopfer erfolgt. Denn die in dieser Meldung angedeuteten Veränderungen des Finanzplans laufen, wenn nicht noch wesentliche, ganz andersartige Ergänzungen kommen, darauf hinaus, an Stelle der einen Verbrauchssteuer, die die Massen belastet, eine andere zu setzen. Auch die ganz unsoziale Mineralwassersteuer soll bleiben. Nur insofern ist darin eine Erleichterung für die Massen enthalten, als ein Teil der bisher auf die Erhöhung der Biersteuer entfallenden Summe auf eine Verbrauchssteuer gelegt werden soll, die die Massen nicht trifft, nämlich auf den Benzin- und Benzolzoll, den Mineralölzoll und eine innere Benzin- und Benzolsteuer. Sehr bedenklich ist dafür die wenn auch nur geringe Erhöhung der Umsatzsteuer. Sehr kritisch denken wir auch über die neue Einfuhrbelastung und die Gemeindeverbrauchssteuer. Es ist aus den Meldungen zwar noch nicht zu erkennen, worin beide eigentlich bestehen sollen, aber daß eine Belastung der Einfuhr auf jeden Fall nur die Massen belastet, ist klar. Das Programm muß also noch stark verändert und durch eine entsprechende Beifreundlichkeit ergänzt werden, wenn es für die Sozialdemokratie annehmbar werden soll. Das ist wenigstens unsere Meinung. Unsere Hoffnungen sind um so geringer, als in den vorstehenden Meldungen auch nichts darüber gesagt wird, ob denn nun die anderen Parteien auf die ganz unmögliche Festlegung auf die für 1931 vorgesehenen Steuererhöhungen verzichten werden. Das ist aber eine weitere Voraussetzung dafür, daß die Finanzreform für uns erträglich wird.

Jedenfalls haben u. E. die ganzen Verhandlungen innerhalb der Weimarer Koalition und der Versuch, ohne Volkspartei unter Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Reichsregierung dadurch zu einer Einigung zu kommen, nur darin einen Sinn, wenn die neue Regelung sich merklich von Moldenhauers Vorschlag unterscheidet und eine deutlich fühlbare Entlastung der Massen und Heranziehung des Besitzes bringt. Wir müssen verlangen, daß nur unter diesen Voraussetzungen unsere Reichstagsfraktion dem neuen Kompromiß zustimmt.

## Die englische Regierung in eine Falle gegangen

London, 10. März. (Eigener Drahtbericht.)

Der Fortschritt der sozialpolitischen Gesetzgebung in England ist neuerdings durch eine Entscheidung der juristischen Ratgeber der Regierung ernstlich behindert.

Die Arbeiterregierung hat im vergangenen Jahre nach schweren Kämpfen ein Ergänzungs-gesetz zur gegenwärtigen Regelung der Arbeitslosenversicherung in Form einer Verordnung durchgebracht, das als Notmaßnahme bis zur Einbringung einer Reform der Arbeitslosenversicherung an Haupt- und Gliedern gelten sollte. Unter dem Druck des Oberhauses wurde die Geltungsdauer des Gesetzes schließlich auf drei Jahre beschränkt. Nach dem Gutachten der Regierungsräte hat diese Zeitdauer jedoch nicht nur eine Beschränkung der Laufzeit des Gesetzes zur Folge, sondern macht nach englischen verfassungsmäßigen Grundsätzen jede Verlängerung an dem Gesetz auf die Dauer der nächsten drei Jahre unmöglich. Die unmittelbare Folge ist, daß der Arbeitsminister Frau Bondfield auf die geplante und in Vorbereitung befindliche Gesamtrevision der Arbeitslosenversicherung bis auf weiteres verzichten muß.

## Sozialismus „auf einen Hieb“

Von Olga Domarowstaja.

Der entschiedene „Vinschluss“ der Sowjetregierung wird wieder abgelehnt von einer schwanfenden Zirkelpolitik. Stalin veröffentlichte am 2. März in der „Prawda“ einen Artikel, in dem er eine Warnung erläßt vor abenteuerlichen Versuchen, sämtliche Probleme des sozialistischen Aufbaus auf einen Hieb zu lösen. Vorsicht mit der Kollektivierung; das ist der Sinn des Stalinischen Artikels.

Dieser Schritt des Sowjetdirektors kommt überraschend plötzlich und bricht in erstaunlicher Weise mit der Politik, die vor den Bolschewiki bis jetzt verwirklicht wurde. Allerdings wäre es nach unserem Dafürhalten irrig, in dem Stalinischen Artikel eine radikale Ueberkehr von der Politik des Sofort-Sozialismus oder gar einen Verzicht auf die Kollektivierung zu erblicken.

Dieser russischen Kommunisten haben sich im Fünfjahresplan zum Ziel gesetzt, 10 Prozent der Saatfläche und 10 Prozent der Bevölkerung in die Kollektivierung einzubeziehen (bis zum Jahre 1933/34 13,8 Prozent der Saatfläche und 17 Prozent der Bevölkerung). Wenn das bei freiwilligem Eintritt der Bauern in die Kollektivbetriebe erzielt werden könnte, so würde das Ergebnis sowohl in sozialer wie in ökonomischer Beziehung von überragender Bedeutung sein. Doch die russischen Bauern, in ihrer großen Masse zutiefst individualistisch eingestellt, lehnen die Kollektivierung ab. Nur die Dorfarmler, die kein eigenes Arbeitsvieh besitzen und sehr oft ihr Land verpachten oder in die Stadt gehen müssen, um sich das tägliche Brot zu verdienen, haben sich durch die Vergünstigungen verlocken lassen, die der Staat den Kollektivbetrieben gewährt und die der selbständig wirtschaftende Bauer nicht erlangen kann. Die Mehrheit der Bauern ging nicht freiwillig in die „Kolkhojen“. Trotz diesem Widerstand der Bauernmasse haben die Kommunisten von ihrem Kollektivierungsprogramm nicht etwa Abstand genommen, sondern sind dazu übergegangen, es mit Gewalt in die Praxis umzusetzen.

Stalin versucht jetzt in seinem „Prawda“-Artikel die Dinge so darzustellen, als hätte die Regierung lediglich die freiwillige Kollektivierung angeordnet, während die überall angewandten Zwangsmassnahmen nur von den lokalen Behörden ausgegangen seien; die Politik des Terrors und des Druckes auf die Bauern sei nur das Produkt „verfallener Bergesellschaftspraktiken“ einzelner Beamter, die angesichts der großen Erfolge den Kopf verloren hätten. Doch dieser feige Versuch des „Führers“, die Verantwortung für die eigene unverantwortliche Politik auf die nachgeordneten Organe abzuwälzen, wird kaum jemanden täuschen können. Die Politik der Zwangskollektivierung war in Wirklichkeit die Politik der Regierung.

Es ist wahr, daß die Kollektivierung weit über den Rahmen der in Aussicht genommenen Ziele und der vorgezeichneten Pläne hinausgewachsen ist. Aber das war nur die logische Folge des Ganges der Ereignisse. War der Weg des Zwanges einmal beschritten, so mußten die Kommunisten von den Ereignissen weitergetrieben werden. Die Bauern, die man in die „Kolkhojen“, die Kollektivbetriebe, hineintrieb, verloren jedes Interesse an der Erhaltung ihrer Wirtschaft. Das Inventar wurde veramtet, das Vieh geschlachtet oder ausverkauft. Um die Vernichtung des Grundkapitals der Bauernwirtschaft zu verhindern, gab die Regierung daraufhin die Direktive aus, das landwirtschaftliche Inventar und das Arbeits- und Melkvieh möglichst schnell und möglichst umfassend zu kollektivieren.

In seinem Artikel entwirft sich Stalin über die Stimmungen der Kommunisten, die da meinen: „Wir können alles, uns laßt keiner was“. Aber diese leichtfertige Prahlerei wurde von keinem anderen als gerade von der kommunistischen Parteizentrale und von allen Parteinstanzen großgejubelt, die, wenn sie auf Widerstände stießen, nicht etwa ihre Pläne revidierten, sondern immer weiter vorwärtsdrängten, als wäre nichts geschähen. Ueberlegt euch nicht, ob die für die Kollektivierung notwendigen landwirtschaftlichen Maschinen vorhanden sind, kollektiviert mit Hilfe des vorhinflüchtigen bäuerlichen Inventars! Die Bergeschaffung des Viehbestandes darf hinter dem Einwand der Kollektivierung nicht zurückbleiben! — Das waren die Parolen, die nicht von den lokalen Behörden, sondern von der „Prawda“, der „Gnomisticheskaja Schinaj“ und den anderen Molotow- und Lenin-graben Blättern ausgegeben wurden. Ebenfalls war auch die Verfügung über die „Liquidierung des Kulakentums“ mit Vermögenskonfiskationen und Ausweisungen keine Erfindung über-eifriger lokaler Bürokraten, sondern ein in Gesetzesform gefaßter Beschluß der zentralen Regierungsorgane.

Die russischen Bauernmassen haben sich als viel zu passiv, viel zu unorganisiert, viel zu sehr eingeschüchtert durch die grausamen behördlichen Repressalien erwiesen, um dem staatlichen Zwang Widerstand entgegenzusetzen. Und immerhin waren die Kolkhojen im Vergleich mit der Gefahr der Vermögensenteignung und der Ausweisung aus dem Heimatbezirk das geringere Übel. Daher die „schwindelerregenden“ Erfolge der rund 50 Prozent der Bauernhöfe erfassenden Kollektivierung, von denen Stalin spricht. Wenn diese Erfolge Stalin jetzt merk-würdigerweise veranlassen, nicht von der weiteren Entfaltung der Bewegung zu sprechen, sondern davon daß sie gebremst werde, so liegt das daran, daß immer deutlicher die gewaltigen Schwierigkeiten zutage treten, die aus der Vernichtung der Kollektivierung erwachsen. Allmählich bekommen die Kommunisten selbst Angst vor den Auswirkungen, die die Vernichtung des bäuerlichen Einzelbetriebes zeitigt hat.

Wenn der Bauer in den Kollektivbetrieb geht, interessiert er sich nicht mehr für die Hebung der Wirtschaft. Der Staat möge sich um die Lieferung des Inventars, um die Beschaffung des Saatguts kümmern, der Staat möge auf die rationelle Organisation des Betriebes und die Steigerung der Arbeitsproduktivität bedacht sein. — Das ist die Einstellung des Bauern, der nicht mehr die Hoffnung hat, von dem Ertrag seiner Arbeit zu profitieren. So steht der Staat, der schon mit der Organisation der industriellen Produktion ungeheuerliche Schwierigkeiten hat, obgleich doch hier Arbeiter, die an eine gemeinschaftliche Arbeitsleistung und Arbeitsteilung in der Fast-gewöhnung sind zur Verfügung stehen, vor der Aufgabe, die kollektivwirtschaftlichen

Verlebe aufzubauen, die nicht genug landwirtschaftliche Maschinen, nicht genug Düngemittel haben und deren arbeitende Mitglieder kleine Besitzer sind, die sich dem kollektiven Ausbau widersetzen. Dabei ist auch nicht zu vergessen, daß von dem Plus-effekt der landwirtschaftlichen Produktion die Lebensmittel- und Rohstoffversorgung des ganzen Landes abhängt. Wie kompliziert diese Aufgaben sind, hat sich schon bei der Mobilisierung des Saatgutmaterials für die Kollektivbetriebe gezeigt. Und es wird sich dies noch deutlicher zeigen müssen in der Zeit der Feldarbeit und der Getreidebereitschaftskampagne.

Die forcierte Kollektivisierung erzeugt aber auch noch eine Reihe von Schwierigkeiten, die über die Sphäre der agrarischen Produktion hinausgehen. Es stellt sich heraus, daß die wirtschaftlich schlechter gestellten Bauern sehr die Möglichkeit sehen, in den Kollektivbetrieben und Erntearbeitsgemeinschaften zu bekommen, und deswegen darauf verzichten, als Saisonarbeiter zu verdienen. Für die Industrie entsteht daher die Gefahr, daß die dringendsten Arbeiten im Industriebau nicht erledigt werden können. Ferner zeigen sich Komplikationen auch in der Finanzwirtschaft: Die Durchführung der Kollektivisierung führt zur steuerlichen Entlastung ungefähr der Hälfte sämtlicher bäuerlicher Betriebe und ruiniert andererseits die Kulaten, d. h. gerade die Schicht, von der der Fiskus die höchsten Einkünfte bezogen hat. Alle diese Krisenmomente, die teils schon zutage getreten sind, teils als unmittelbar bevorstehend sichtbar werden, haben

Stalin Verantwortung gegeben zu seinem symptomatischen Artikel, der die ideologische Niederlage der Kollektivisierungspolitik bezeugt. Soll aber diese Veröffentlichung bezeugen, daß die Kommunisten die logische Folgerung aus der Situation ziehen wollen, die nun zu verzeichnen ist, daß sie bereit sind, auch praktisch den Rückzug anzutreten und mit der Kollektivierungspolitik Schluss zu machen? Damit kann man, wie die Dinge liegen, nicht rechnen. In seinem Artikel wiederholt Stalin immer noch, „die radikale Wendung des Dorfes zum Sozialismus hin könne man definitiv für gesichert halten“. Und man wird demgemäß auch keine entscheidenden Schritte von Stalin erwarten: er sucht den Ausweg nur darin, daß das Tempo der Kollektivierung verlangsamt wird. Auf Grund der bisherigen Erfahrungen besteht aber kein Zweifel daran, daß mit halben Maßnahmen die Situation nicht zu retten ist.

Der Sozialismus „auf einen Riß“, den die Kommunisten auf dem Wege der Kollektivierung verwirklichen wollten, eröffnet nicht nur keine Aussichten für die Entfaltung der Produktivkräfte des Landes, sondern droht vielmehr, die Landwirtschaft und die gesamte Volkswirtschaft der Sowjetunion zu vernichten. Nur die radikale Wendung der allgemeinen und der Wirtschaftspolitik der Regierung vermag den Weg für den wirtschaftlichen Aufstieg des Landes und für die Hebung der Lebenslage der breiten Massen der Werktätigen zu ebnen.

durch die Presse gestimmt. Nur im Fall der Körperverletzung hätten die Verfolgung abgelehnt. (Beitrag.) Die Anträge des Geschäftsausschusses werden namentlicher Abstimmung mit 259 gegen 62 Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten bei 57 Stimmenthaltung der Deutschnationalen angenommen.

Um 5 1/2 Uhr verläßt sich das Haus auf Dienstag.

### Die Krise in der Hamburger SPD

Wieder einer der Hauptführer ausgeschlossen

Der Vorsitzende der Hamburger SPD, Stahmer, ist aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen und aufgespart worden, sein Bürgermandat sofort niederzulegen.

Diesem Beschluß der Bezirksleitung Walter Lante, der einstimmig gefaßt sein soll, kommt eine größere Bedeutung zu, als den üblichen täglichen Ausschüssen aus der SPD. Stahmer ist seit längerem in führender Stellung in der kommunistischen Bürgerpartei, die bis in die allerletzte Zeit ihr erstes Sprüchchen wies. Fast in jeder Sitzung hat er das Wort ergriffen. Er zu der Zeit als noch Viktor, der Schwager Thälmanns, namentlich Fraktionsvorkämpfer war, lag Stahmer die eigentliche Führung der 27 Mann starken Hamburger Fraktion ab. Viktor vor etwa 1 1/2 Jahren wegen seiner Geldgeschichten gestrichelt, wurde Stahmer Führer der Fraktion. Der Ausschluß kommt an sich nicht überraschend. In letzter Zeit war er durchgehends, daß man Stahmer, verführerischer Neigung verdächtig. In einer Erklärung der Bezirksleitung Walfert wird als Grund für den Ausschluß, schweres Vergehen gegen Parteizucht und „Unterstützung der Sozialistischen im Betrieb“ angegeben.

Die Hamburger SPD begründet den Ausschluß Stahmers in einer längeren Erklärung, in der es u. a. heißt: Stahmer ist sich beharrlich geweigert, die Beschlüsse der Partei über die Durchführung der Betriebsratwahlen in seinem Betrieb zu verteidigen und durchzuführen. Mit Hilfe einer verlogenen branderischen Argumentation habe er versucht, die Unzufriedenheit der Parteimitglieder für die er selbst gestimmt habe, zu bewirren. Es sei für die Partei unerträglich zuzusehen, daß ein Mann wie Stahmer, der im Auftrag der Partei wichtige öffentliche Funktionen lange Zeit zu bekleiden habe, die Politik der Partei offen ablehne und zum Material der offenen Parteifeinde greife, um seine Kapitulation zu rechtfertigen. Sei nichts als parlamentarischer Realismus, wenn Stahmer glaube die Interessen der Partei und des Staates zu verteidigen (Stahmer ist am Staatsrat beschäftigt) von der Partei ausgeschlossen zu werden. Die Partei Stahmers und der offene Ausbruch der opportunistischen Haltung in der Einstellung Stahmers verdienten schärfste Beurteilung. Er müsse offen als Kapitulant und Ueberläufer brandmarkt werden.

Der Ausschluß Stahmers ist ein weiteres Zeichen dafür, daß sehr es innerhalb der Hamburger SPD, die als eine der stärksten Hochburgen der kommunistischen Bewegung überhaupt gilt, tiefen Mit einem Ausschluß wird die große Reinigungsaktion gegen alle Schwanken und verfallenen Elemente“ fortgesetzt, die schon vor einigen Wochen mit der Entfernung des Bezirksleiters Grube und des zweiten Bezirksleiters Schehr (der seinerzeit in der Walfertwahlen nach anfänglicher Ablehnung unter dem Druck Thälmanns wieder in sein Amt eingesetzt war) sichtbaren Ausdruck gefunden hat. Schehr war Vorsitzender der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion in Altona.

## Schacht des Schwindels überführt

### Außenminister Curtius enthüllt, daß Schacht in seinem Young-Memorandum wichtige Dinge verschweigt

Berlin, 10. März. (Eigener Bericht.)

Im Reichstag wird die zweite Beratung der Young-Botschaft fortgesetzt.

Abg. Schaefer (Komm.) bespricht das Reichsbankgesetz. Die in dem Gesetz festgelegte Unabhängigkeit der Reichsbank von der deutschen Regierung verleiht nur die Abhängigkeit von der Diktatur des Finanzkapitals.

Abg. Berg (Komm.) bekämpft das Reichsbankgesetz. Es handle sich dabei um ein Ausnahmengesetz gegen die Eisenbahnen.

Abg. Schiele (Dnat.) erklärt, die einseitige Wirtschaftspolitik und die Auslandsverschuldung hätten dazu geführt, daß Deutschland in den letzten sechs Jahren für 17 Milliarden Lebensmittel eingeführt hätte, obwohl davon mindestens 10 Milliarden auf der eigenen Scholle erzeugt werden könnten. Im Osten sei die Notlage der Landwirtschaft zu einer nationalpolitischen Gefahr geworden. Im Westen wachse das Heer der Arbeitslosen, im Osten die Entvölkerung. Polen sei demgegenüber bestrebt, in planmäßiger Arbeit einen nationalbewußten polnischen Bauernwall gegen das Deutschtum zu schaffen. Unter diesen Umständen sei das Polenabkommen vollkommen untragbar.

Abg. Graf zu Eulenburg (Dnat.) erklärt das deutsch-polnische Liquidationsabkommen für unannehmbar. Eine Befriedigung im deutsch-polnischen Verhältnis werde durch das Abkommen nicht erreicht.

Reichsaussenminister Dr. Curtius:

Wie die deutsch-nationale Fraktion für die ganze Damespolitik von Anfang an die halbe Verantwortung trägt (wäre bei den Dnat.), so trägt sie — das weiß der Abg. Schiele — auch die Verantwortung für die Wirtschaft- und Zollpolitik, die von 1927 bis zum Amtsantritt der jetzigen Regierung geführt wurde. (Erneuter Lärm bei den Dnat.) Der jetzigen Regierung blieb es vorbehalten, im Interesse der Landwirtschaft entscheidende Aktionen auf dem Gebiete der Wirtschaft- und Zollpolitik durchzuführen. Die Notlage der Landwirtschaft ist nicht eine Erscheinung, die sich auf Deutschland beschränkt. Es handelt sich um eine Weltkrise. Der deutsch-polnische Handelsvertrag ist noch nicht abgeschlossen, aber er wird in den nächsten Tagen paraphiert werden. (Sitz! Hör! rechts.) Die Landwirtschaft wird keinen Grund zur Beschwerde über diesen Vertrag haben. Beim deutsch-polnischen Liquidationsabkommen lag uns vor allem am Schutz der deutschen Minderheit in Polen. Die Frage, ob das Abkommen eine Verfassungsänderung bedeutet, ist von der Reichsregierung rechtlich geprüft und in einem schriftlichen Gutachten von den juristischen Sachverständigen des Reichsjustiz- und des Reichsinnenministeriums verneint worden. Die Verbundenheit der Liquidationsabkommen mit dem Youngplan beruht nicht auf einer Künstlichkeit der Reichsregierung, sondern ergibt sich aus der Vereinbarung der Sachverständigen in Paris, daß frühere Leistungen nicht angerechnet werden sollen. Das war die Voraussetzung für die Festlegung der Annuitäten. Diese in dem Liquidationsabkommen erfüllte Voraussetzung steht also nach dem Ergebnis der Pariser Sachverständigenverhandlung in engem Zusammenhang. Die Anrechnung des Wertes des an Polen abgetretenen Gebietes ist nach dem Ergebnis der Pariser Sachverständigenkonferenz unmöglich.

Dieser Teil der Sachverständigenvereinbarung hat Herr Schacht in seinem Memorandum weggelassen. (Leb! Hör! Hör! Rufe bei den Regierungsparteien.) Daß das Abkommen im Interesse der deutschen Minderheit in Polen

liegt, ist uns von einem maßgebenden Vertreter dieser Minderheit bestätigt worden. Wir haben die bestimmte Zusicherung, daß die aus der polnischen Agrarreform beschützenden Maßnahmen nicht eintreten werden. Der polnische Außenminister hat in diesen Tagen erklärt, die polnische Regierung denke nicht daran, aus der Agrarreform eine Strafe zu machen, um mit ihrer Hilfe an Stelle der durch das Liquidationsabkommen erhaltenen Möglichkeiten gegen deutschen Besitz vorzugehen. Wir verstehen die Sorge in den Ostprovinzen, aber gerade vor diese Sorgen teilt, muß für das Abkommen eintreten. Viele dieser Sorgen werden durch das Abkommen weggeräumt. Was sonst zwischen uns und Polen steht, wird dadurch nicht aus der Welt geschafft. Gerade darum ist es unverständlich, daß ostpreussische Abgeordnete Gegner des Abkommens sind. Die deutsche Menschenbrücke im deutsch-polnischen Korridor und das deutsche Fundament in der abgetretenen Provinz Polen bewahren Dispreußen vor der Isolierung. Wenn Sie diese Brücke und dieses Fundament zerstören, ist Ostpreußen ganz isoliert. Wir aber wollen gegen Sie (nach rechts) diese Brücke erhalten und dafür sorgen, daß auf diesem Fundament die Brücke weiter steht. Darum mühten gerade die ostpreussischen Abgeordneten mit uns für das Abkommen einzutreten. (Beifall bei den Regierungsparteien.)

Staatssekretär Dr. Zweigert verliest hierauf das ausführliche Rechtsgutachten, in dem dargelegt wird, daß durch das deutsch-polnische Liquidationsabkommen die Reichsverfassung nicht verletzt werde.

Damit ist in der zehnten Beratung die Aussprache über die Young-Botschaft beendet. Präsident Brüderlind von mehreren Fraktionen bin zu gebeten worden, die Abstimmung auf morgen, 2 Uhr nachmittags, zu verlagern. Die Vertagung der Abstimmung auf Dienstag wird beschlossen.

Es folgt die erste Beratung des Gelegenheitsurfes, wonach das Reichsentscheidungsamt am 31. März 1930 aufgelöst werden soll.

Abg. Jabsch (Komm.) bezeichnet die Auflösung als verfrüht. — Abg. Daxerenz (Dnat.) äußert gleichfalls Bedenken gegen den in der Vorlage vorgesehenen Zeitpunkt der Auflösung. — Abg. Fißler (Dem.) behält sich für die Ausschusberatung Ergänzungsanträge vor. — Die Vorlage wird dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Es folgt der Bericht des Geschäftsausschusses über die Anträge auf Genehmigung der Strafverfolgung verschiedener Abgeordneter. Der Ausschuss empfiehlt die Genehmigung zur Strafverfolgung der kommunistischen Abgeordneten Schaefer, Kemmele, Maddele, Albricht, Klippenberger, Bientke und Strödel, die teils wegen Hochverrats, teils wegen Beleidigung verfolgt werden. Die Genehmigung soll weiter nach dem Ausschussantrag erteilt werden zur Strafverfolgung der nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Goebbels, Buch und Feder wegen Beleidigung und Religionsvergehens und zum Disziplinarverfahren gegen den Abg. Berndt (Dnat.). Abg. Berndt, der wegen seines Verhaltens beim Volksbegehren als Schönbberger Bezirksbürgermeister diszipliniert werden soll, hatte selbst um Aufhebung seiner Immunität gebeten.

Abg. Gelske (Komm.) protestiert gegen die Ausschusstränge.

Abg. Stöhr (Natio.) spricht sich gleichfalls gegen die Ausschusstränge aus.

Abg. Felsch (Soz.) tritt dem Ausschussentwurf entgegen. In Thüringen hätten die Nationalsozialisten als Regierungspartei grundsätzlich für die Aufhebung der Immunität bei allen Hochverratsanlagen und Anklagen wegen Beleidigung

### Bayern tobt mal wieder

Weil Preußen sich nicht benachteiligen lassen will

Preußen hat im Reichsrat den Antrag auf vollständige Streichung jenes § 35 des Finanzausgleichs eingebracht, der in seiner Auswirkung eine Korrektur der Verteilungsschlüssels bei Einkommen- und Körperschaftsteuer und damit einen Lastenausgleich in einkommensschwachen Länder darstellt. Das Land Bayern profitierte von diesem § 35 im Vorjahr rund 24 Millionen Mark, womit es etwa zwei Drittel seines Defizits zu decken imstande war.

Das Vorgehen Preußens hat in bayerischen Regierungskreisen außerordentliche Empörung hervorgerufen. Nach Mitteilungen der Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz erklärt die bayerische Regierung darin nicht nur eine unerhörte Rücksichtslosigkeit gegen die bayerischen Lebensinteressen, sondern empfindet es mit Bitterkeit, daß Preußen in einer Sturmwind der deutschen Not eine Politik treibe, die tatsächlich „eine deutsche Schande“ sei. Der neue Antrag im Reichsrat sei ein Ausfluß der brutalen großpreussischen Machtpolitik mit dem Ziel, die kleineren Länder lebensunfähig zu machen und auf die Weise ihren Anschluß an Preußen zu erzwingen.

Der bayerischen Regierung steht es wirklich nicht an, die „Rücksichtslosigkeit“ zu reden und plötzlich den Empfindlichen zu spielen. Wenn sie jenes Maß von Empfindlichkeit, das bei ihr gar nicht zum Ausdruck kommt, wenn es sich um bayerische Interessen handelt, auch anderen Ländern zugutehalten und vor allem danach handeln würde, wäre in dem Verhältnis zwischen Bayern und anderen deutschen Ländern sicherlich vieles besser bestellt.

## Der Unheimliche

### The Sinister Man

von Edgar Wallace. — Uebersetzt von Max E. Schirmer (Nachdruck verboten)

Sie dachte, er hätte es überhört, denn er antwortete nicht. „Er kam gerade zurück, als Sie ausgingen? Und Sie haben ihm mitgeteilt, daß Sie zu mir gingen? Das habe ich erwartet. Ich sah ich das ein unwesentlicher Punkt, der vielleicht einen Durchschlagspunkt nicht einfallen würde, aber es ist einer meiner Grundzüge, daß der Arbeitgeber auch nicht in den kleinsten Dingen hintergangen werden sollte.“

Sie waren jetzt in einer Straße, auf deren einer Seite die Mauer einer Fabrik entlanglief, und auf der anderen einige zerstreute ärmlich aussehende Häuser standen. Nur am äußersten Ende lag ein großer, von einer hohen Mauer umgebener Hof mit einem Torweg, der offenstand.

Der Wagen schwenkte um, als ob er in den Hof einfahren wollte. In diesem Augenblick sprang Mr. Tupperwill auf, öffnete mit großem Geräusch das Fenster und rief dem Chauffeur etwas zu. Sofort fuhr der Mann wieder geradeaus und langsam am Tor vorbei. Durchs Fenster schauend, sah Ella ein unwesentliches Merks, das auf drei Seiten von Gebäuden umgeben war, die wie Fälle ausahen.

„Ich möchte wissen, warum mein Chauffeur das getan hat?“ fragte der erstaunte Mr. Tupperwill. „Mir gefällt das nicht, Miss Marlowe! Das gefällt mir gar nicht. Das ist ein neuer Mann, den ich erst vorige Woche angeheiratet habe.“ — „H?“ Er trotzte sich das breite Gesicht ab. „Ich komme in das Stadium, wo ich in jedem kleinen Vorfall einen Anschlag sehe. Ich habe außerdem das Gefühl, daß ich mich in einer Atmosphäre voller Geheimnisse und Gefahren bewege. Seit jenem schändlichen Verfall, Miss Marlowe, habe ich tatsächlich meine Kerzen verlöschen.“

Sie hatten jetzt die ärmlichen Seitenstraßen hinter sich gelassen und fuhr durch die Hauptstraße von Kensington und wie das Mädchen zu ihrer Verabredung bemerkte, der City zu.

„Sie wollten mit mir über Miss Dame sprechen?“ erinnerte sie ihn.

„Ja, ja, aber der Vorfall hat mich alles vergessen lassen. Miss Dame — ja — ein seltsames Mädchen. Sie hatten sie nicht

für wohlhabend?“ fragte er neugierig. „Und wenn sie behauptet, daß sie wohlhabend wäre, dann täuscht sie mich?“

„Sie täuschen? Sie hat doch sicherlich kein Konto bei Stebings-Bank?“

Der distrikt Tupperwill umging die Frage. Er war erschienen immer noch mit seinem Verdacht auf den neuen Chauffeur beschäftigt, denn plötzlich rief er gereizt aus: „Mir gefällt das nicht — mir gefällt das gar nicht. Und doch erhielt ich über den Mann die besten Empfehlungen.“

Sie lachte. „Mr. Tupperwill, Sie übertreiben sicherlich einen ganz unwesentlichen Vorfall.“

„Ich weiß nicht. Man hätte mich in jenen Hof fahren und ermorden können.“ — „Lassen Sie nur, junges Fräulein! Lachen ist das Vorrecht der Jugend, aber die Furcht vor Instinkt des Alters.“ — „Ich muß das niederschreiben, das klingt wie ein Zitat.“

Anschließend hatte er in seiner Aufregung beschlossen, jede weitere Erwähnung über Miss Dame und ihre Schattenseiten fallen zu lassen, und er überließ es Ella, die Bruchstücke seiner unzusammenhängenden Anspielungen auf das Mädchen zusammenzufügen.

Der Wagen hielt in Wood Street an, um sie aussteigen zu lassen, und sie lehnte ganz verwirrt ins Bureau zurück. Der Unheimliche sah vor ihrer Schreibmaschine und suchte mit großer Mühe einzelne Buchstaben zusammen.

„Wo ist das?“ fragte er, ohne aufzuhören.

Sie berührte die Taste.

„Hatten Sie eine schöne Fahrt? Tupperwill sollte sich einen neuen Wagen anschaffen.“

„Wagen wissen Sie, daß wir im Wagen gefahren sind?“

„Gang so hat sie gesehen. Haben Sie Tupperwills neuen Chauffeur bemerkt?“

„Ich sah keinen Hintertopf.“

„Er lachte vor sich hin.“ Sie sollten sich seinen Nacken richtig ansehen.“

„Warum?“

„Er bestreichte ihre Keugriebe nicht, aber sie wußte instinktmäßig, daß hinter diesem fröhlichen Lachen eine schreckliche Drohung steckte, und sie schauderte.“

„Keine schreckliche Idee!“ bemerkte sie zitternd.

„Allerdings. Es tut mir leid. Und doch hatte der Nacken eines Mörders etwas Reizbares für mich.“

„Eines Mörders?“ leuchte sie.

„Ich glaube.“ Er kippte noch immer mühsam seinen Kopf durch das Alphabet. „Jener Chauffeur tötete Maurice Tarn!“

XL.

„Das ist wenigstens meine Ansicht!“ meinte er, ohne das Mädchen mit dem gleichen Gesicht anzuschauen. „Wo ist das? Ich kann auf dieser Maschine niemals das J finden. Oh! Da es ja! Ja, ein skurriler Mann, mit einem Bart und einer Antenne. Der Bart und die Antenne sind angelegt, doch ist der sehr gut. Er ist an einem Seidenfutter befestigt, welches das Antello glatt umschließt, wie der Handschuh ihren Finger.“

Er blickte sie nicht an.

„Ja, das war unser Freund!“ fuhr er freundlich fort. „Weit sind Sie gefahren?“

Sie beschrieb ihm die Fahrt und erzählte ihm über den kleinen Vorfall am offenen Tor.

„Ich glaube, Mr. Tupperwill war ganz unnützigerweise unruhig.“

„Nicht unnützigweise!“ antwortete Amery ruhig. „Daneben nicht unnützigweise! Wenn der Wagen durch dieses Tor gefahren wäre, würde er jetzt nicht mehr am Leben sein. Oder, wenn er doch noch am Leben sein sollte, wäre er in einem so schmerzlichen Zustande, daß er ein schnelles Ende herbeiführen würde.“

„Ist das Ihr Ernst, Major Amery?“

„Er schaute auf. „Ich glaube, ich habe Sie beunruhigt.“

„Es war mein voller Ernst.“

„Ist denn Mr. Tupperwill der Charakter dieses Mannes?“

„Er wird gewarnt werden, bevor der Tag vorüber ist. Haben Sie das Gesicht des Chauffeurs gesehen?“

„Nein, ich sah ihn nur ganz flüchtig. Der Führer des Mr. Tupperwills Wagen ist verstorben, und man kann ihn nicht mehr sehen.“

„Ich bemerkte nur, daß er ein kräftig gebautes Mann war, und es kam mir so seltsam vor, daß er einen Bart hatte. Kennen Sie ihn wirklich?“

„Den Mann?“ Ja, ein Mann, namens Stillman. Ein sehr kräftiger Kerl, was? Das ist er. Worüber wollte er mit Ihnen sprechen — ich meine Tupperwill?“

Sie zögerte. „Es liegt kein Grund vor, warum Sie es nicht wissen sollten. Es war wegen Miss Dame.“

„Das dachte ich mir schon“, entgegnete er überraschenderweise. (Fortsetzung folgt.)



Kommen Sie zu unserer

# billigen Woche!

**Morgen:**

Gute und beste

**Frühjahrs-Damenschlüpfer 1.10**  
in den feinen Verbantönen, zum Ausschuchen . . . . . Paar

2000 Stück

**Frotter-Handtücher 58 Pf.**  
mit bunten Kanten in verschiedenen Größen, zum Ausschuchen  
Stück 1.25, 1.10, 95, 75

Zirka 500 Stück vorzügliche

**weiße Damast-Handtücher 68 Pf.**  
Größe 45/100, gestümt und gebändert, nur ganz gute Qualitäten, zum Ausschuchen . . . . . durchweg Stück

Mehrere hundert

**Tischzeug-Reste 50%**  
bestehend aus Damast, halb- u. reinleinen, sowie Kunstseid.-Qualit. in pur einblausig, Ia Ware, in Längen bis 2.50 Mtr., glatt weiß sowie weiß mit bunt, waschecht, Kanten oder ganz durchgemust., mit kleinen Schönheitsfehlern . . . . . unter Preis

Ein großer Fabriklagerbestand

**Damen-Stickerei-Hemden 95 Pf.**  
aus durchweg guten Stoffen, mit sehr hübschen hochwertigen teils Glanzgarn-Stickereien od. Stick-Motiven, mit voller Achsel oder Trägerform, Serie IV 1.65, Serie III 1.45, Serie II 1.25, Serie I

1 Quantum

**weiße Deckbezüge 3.75**  
aus kräftigem Wäschestoff, mit doppelt. Knopflochleiste, Stück

Zirka 1000 Paar graue, strapazierbare

**Vigogne-Socken 48 Pf.**  
mit verstärkter Ferse u. Spitze und 2x2 gestrickt, Patent . Paar

Enorm billige Kaufgelegenheit! 200 Paar ganz wundervolle  
**Seidengummi-Nosenträger 95 Pf.**  
mit Seidenhieseln, in gediegener Qualität und sparter, feinfarbiger Ausmusterung, in Kartonabmachung . . . . . durchweg Paar

1 Waggon

**weißes Porzellan**  
mit kleinen Schönheitsfehlern

Abendbrotteller . . . Stück 9 Pf.  
Speiseteller flach . . . Stück 11 Pf.  
Kompottschälchen stark . . . Stück 8 Pf.  
Salatschüsseln edelig, Stück 48 Pf.  
Salatschüsseln 23 cm, rund . . . Stück 25 Pf.  
Sandieren in verschiedenen Formen . . . Stück 48 Pf.  
Bratenplatten groß . . . Stück 50 Pf.  
Teekannen . . . . . Stück 50 Pf.  
Kaffeeteller gebackt, Stück 15 Pf.

Zum Selbstaussuchen! 1 Waggon

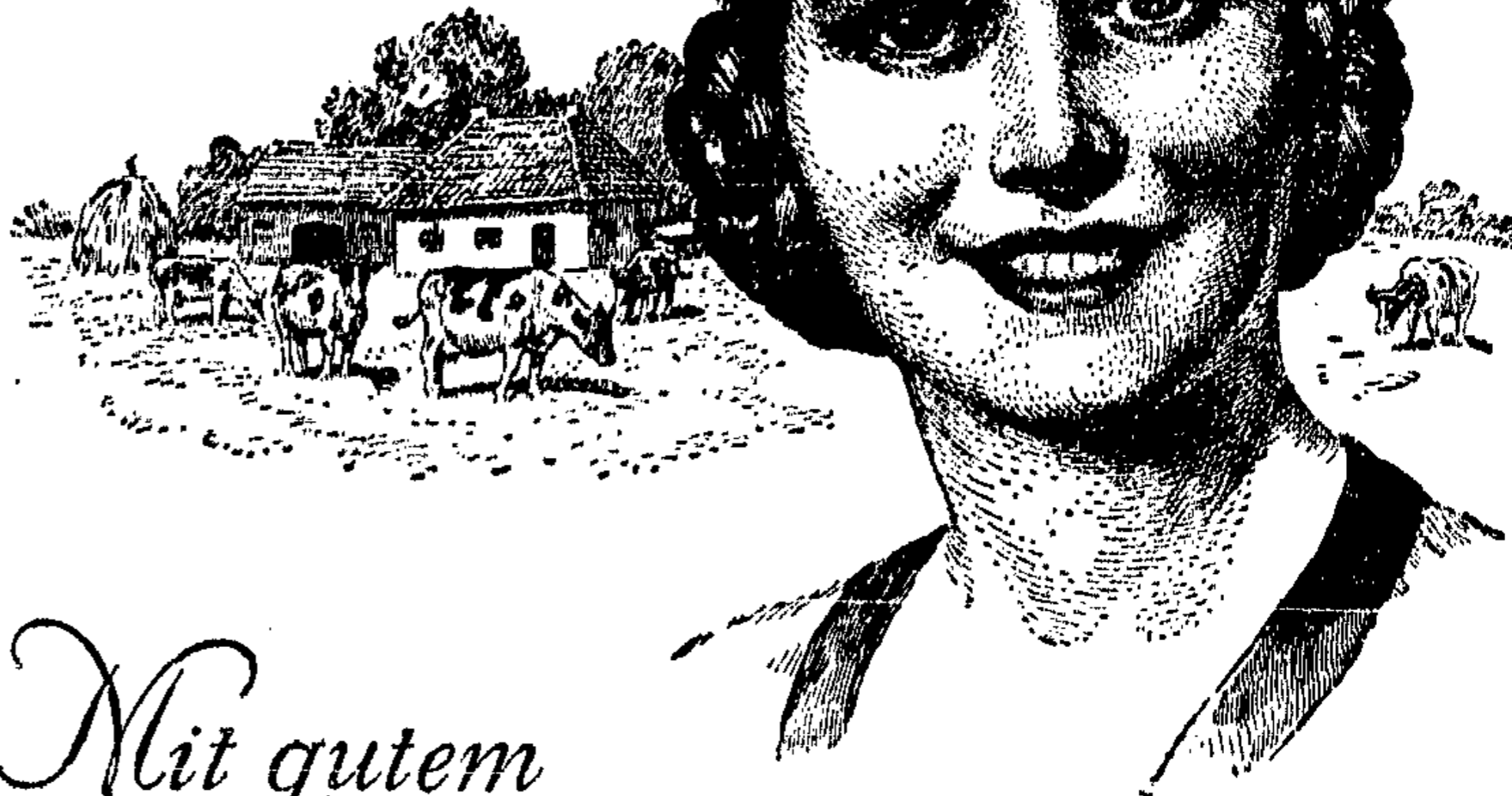
**Steingut**  
mit kleinen Fehlern

Oberlassen groß . . . Stück 5 Pf.  
Kaffeeteller . . . . . Stück 8 Pf.  
Kompottschälchen . . . Stück 9 Pf.  
Salzmesteln mit hoh. Rückwand . . . Stück 50 Pf.  
Nachgeschirre groß, Stück 48 Pf.  
Milchtöpfe 1 Liter . . . Stück 32 Pf.  
Salatschüsseln weiß, Stück 35 Pf.  
Gewürztopfen Satz 6 Stück 95 Pf.  
Brotplatten weiß . . . Stück 19 Pf.



Besichtigen Sie

unsere Schau- fenster



Mit gutem Gewissen

kann jedes Geschäft „Rama im Blauband“ als etwas besonders Feines empfehlen. Denn „Rama im Blauband“ ist ein reines Naturprodukt von köstlich frischem Duft und wirklich delikatem Geschmack.

Besonders beachtenswert:  
Jede Originalpackung ist mit einem Garantiedatum der Frische versehen.

MARGARINE

# Rama im Blauband

1/2 Pfd 50 Pfg  
mit Garantie-Zeichen für frische Qualität

doppelt so gut

**Stadt-Theater**  
(Opernhaus)

Dienstag  
20 bis nach 22.15 Uhr:  
Abonn.-Vorstellung F 14  
**Die Geisha.**  
Mittwoch 20  
20 bis nach 22.30 Uhr  
Abonn.-Vorstellung G 14  
**Die Schwalbe.**  
Donnerstag  
20 bis 22.30 Uhr:  
**Casanova.**

**Schauspielhaus**  
Operettenbühne  
Tel. 36300

Täglich 8 Uhr:  
**Der Weiterfolg**  
**Das Land des Lächelns**

Operette v. Franz Lehár  
In der  
Sensationsbesetzung  
Kameradsänger  
**Serge Maranovic**  
**Carola Farma**  
**Trude Reiter**

Sonntag mittig 2 Uhr:  
**Rübezahl**  
Nachmittag 4 1/2 Uhr:  
**Der Bettelstudent.**

**Lobe-Theater**  
Telefon 56747

Dienstag 15.30-17.40 Uhr:  
**Trojaner.**  
Täglich 20.15-23.15 Uhr:  
**Die heilige Johanna**

**Thalia-Theater**  
Dienstag 20.15-22.15 Uhr:  
Lebte Abendaufführung u  
**Kolportage.**

**Hass-Berkow-Spiele**  
Mittwoch und Freitag  
**Die Rückkehr**  
des verlorenen Sohnes  
Hierauf: **Totenanz.**  
Donnerstag 20.15 Uhr:  
**Advokat Patelin.**

**Circus Busch**

Schau-Arena 940  
Heute ringen:  
**Pisetzki - Peterson**  
3 Entscheidungen:  
**Akron - Jango**  
**Gricks - Karack**  
**Stecker - Poochot**

**Druckerei Volkswacht**  
fertigt moderne Druckarbeiten  
Breslau 2, Marktstraße 4/8

Gaststätte

**Dominikaner**

Inhaber: Wilhelm Flöter  
Mittwoch, 12. und Donnerstag, 13. März:  
**Gefrorenes Bernhardiner**

**Achtung, Raucher!**  
**Stolz, Stumpfenabschnitte**

sowie alle anderen Tabake  
immer noch zu **alten Preisen**  
**Tabakwarenhandlung**  
Gräbschener Straße Nr. 13

75 Pf. kostet die gute **Skat-Karte**  
bei **C. Kretschmer** Schmiede-  
brücke 29b

**Proletarier!**

Beseitigt die Hindernisse des  
Sprachschranke! Lernt die  
Weltsprache **Esperanto**,  
die von Arbeitern aller Nationen  
gesprochen und verwendet wird

**LIEBICH**  
und abends  
zu Reiter u. Hartstein

## Rechtbücher des Arbeiters

Taschenbibliothek der Arbeitsfürsorge. Heft 1. Das  
Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosen-  
versicherung in der Fassung des Gesetzes vom  
12. Oktober 1929. Textausgabe mit ausführ-  
lichem Sachregister. 4. Aufl. 167 S. - Nm. 1.-

Taschenbibliothek der Arbeitsfürsorge. Heft 2. Fiskus-  
Herkel. Das Gesetz über Arbeitsvermittlung und  
Arbeitslosenversicherung in der Fassung der No-  
velle vom 12. Oktober 1929. Die Neuerungen und  
systematische Darstellung des Gesamts.  
rechts. 120 S. - Nm. 1.50

Spohr, Dr. W., Die wichtigsten Bestimmungen des  
Rechts der deutschen Sozialversicherung. In ta-  
bellarischer Uebersicht systematisch darge-  
stellt. 1929. 80 S. - Nm. 5.-

**Volkswacht Buchhandlungen, Breslau**  
Neue Graupenstraße 5, Marktstraße 4/8, Friedrich-Wilhelm-Straße 105

**Damen**  
gegen großes Damontende  
zu tauschen gesucht.  
Hauack, Bergstr. 10

Reihweise  
**Freie**  
Mod. u. Smoll  
Anzüge  
nur neueste Stoffe  
**C. P. Pätzold**  
Königsstraße 79, I.  
Stiftung - Musikant.

In der  
„Volkswacht“ haben  
**Stellen-Angebo**  
infolge ihrer großen  
Verbreitung in Arbeiter-  
kreisen besten  
Erfolg

**Bertäufte**

**Schreibergarten**  
am Bohlenwäher Friedhof  
fortzugsfähiger, postfähig  
verkauft. Offerten u. B.  
an die Geschäftsleit. b. 30.

**Arbeiter-**  
**Gefangenen**  
Gr. Verzeichnisse mit  
Notenmaterial billig zu  
am Freitag, den 11. März,  
abends von 9-11 Uhr  
Döberl, Hotel „Selber“ 20b

**Kleine Anzeigen**  
und komplexe getragene  
polierte Anzeigen von  
faulen Kaufgeboten u.  
nur von Brivaten. Wo  
3. Wrenne, fest 4. Wrenne

**Gelegenheitskauf!**  
Gartenmöbel, 3 Stk., nach  
mit Wäschezimmer, 105  
weiß. Haberland, St. 10  
Dunkler Kleiderkasten  
faufen gesucht, Adler, De  
straße 6.

Breslauer Nachrichten

Neue Theater-Projekte

Zu den zahlreichen Projekten über die zukünftige Gestaltung Breslauer Theater ist nun ein neues getreten, das größere...

Der Genosse ohne Bisum

Die jüngst erschienene Selbstbiographie von Leo Trozki gab Jungsozialisten Veranlassung, einen größeren Kreis vor...

Voruntersuchung gegen Frau Neumann geschlossen

Nun ist endlich gegen die Wirtschaftlerin des ersten...

Wie die Eisenbahn betrogen wurde

Der Prozeß gegen die Fahrkartenbetrüger — Wie die Fälschungen vorgenommen wurden

Vor dem Erweiterten Schöffengericht unter Vorsitz des...

Bei S. wurde daraufhin ganz unvorbereitet eine Haus-

Ein Wertmeister war am 24. März von Friedrichsfeld...

Am 27. Januar 1927 hat S. auf dem Bahnhof Berlin-

Kapp-Putsch 1920 März 1930 Gedenkfeier

Donnerstag, den 13. März 1930 Uhr, im Zentralballsaal

Mißglückter Raubüberfall

Der auf irischer Tat gestellte Räuber vermutete Geld in dem...

Volkshund für Mutterschutz

Mittwoch, 12. März, Versammlung im Gewerkschaftshaus

Der Prozeß gegen die Sparkassenbeamten

50 Prozent Sparkassenamtmann 50 Prozent Stadtverordneter

Quartiere gesucht!

Für die Delegierten des mittelschlesischen Bezirkspartei-

# Chetraggelle

Gestern Nachmittag kam es in einer Wohnung des Hauses Friedrich-Wilhelm-Strasse 96 zwischen dem dort wohnenden Ehepaar J. zu einer fäullichen Auseinandersetzung, in deren Verlauf die Frau ein Messer ergriff und ihren Mann am Kopfe verletzte, so daß die herbeigerufenen Polizei seine Entlassung in das Allerhöchste-Hospital veranlassen mußte. Der Mann war betrunken nach Hause gekommen, wurde sätzlich gegen seine Frau und als er eine Gabel wegsteckte, mit der er auf sie losgegangen war, um nochmals mit einem Hammer auf sie einzuschlagen, konnte die Frau noch im letzten Augenblicke das Messer nehmen und den Angreifer abwehren, wobei sie ihn allerdings verletzte.

# 25 Jahre Elektrotechnischer Verein

Welt mehr als der bloße Name sagt, bedeutet die Arbeit des Elektrotechnischen Vereins, die sich nicht nur auf das enge Fachgebiet und die Interessen einer Branche beschränkt. Der Verein will weit mehr die Elektrotechnik auf wirtschaftlichem, technischen und wissenschaftlichem Gebiete fördern. Und so sind 25 Jahre Tätigkeit des Vereins gleichzeitig auch ein Stück Entwicklungsgeschichte der sich heute immer mehr ausbreitenden Elektrizität. Es war darum verständlich, daß auch die Jubiläumsfeier dieses Vereins, die am Sonnabend und Sonntag begangen wurde, schon außerhalb der Umfassung der Arbeit des Vereins und seine Bedeutung aufzeigte.

In einem am Sonnabend Abend in der Hermann-Löwe-Hallen-Stuben festlich begrüßten unter anderem Vertreter der Stadt, der beiden Hochschulen, des Oberbergamts, der verschiedensten technischen und wissenschaftlichen Vereine und der Maschinen- und Bergbauvereine den Verein und zeigten in kurzen Begrüßungsansprachen die Verbindung ihrer Organisationen mit dem Verein auf. Aus der Begrüßungsansprache des ersten Vorsitzenden des Vereins, Herrn Oberbaurat Lach, war interessant zu erfahren, daß Breslau in der Größten-Schleifmühligen Bahn die zweite elektrische Straßenbahn Deutschlands besitzt, daß ferner bei Gründung des Vereins im Jahre 1904 das städtische Elektrizitätswerk nur 1865 Anschlüsse gegenüber von 68 220 Anschlüssen im Vorjahre zählte. Auch hierin zeigt sich deutlich die Entwicklung dieser Technik.

Das Referat des Abends hielt Dr. Ing. W. Voigt, Kassel. Er behandelte in launiger und humorvoller Weise sein Thema „Aus den Anfangsgründen der Elektrizität“. Wie eine lustige Angelegenheit von vor vielen Jahrhunderten kommen uns die Schwierigkeiten der ersten Versuche auf dem Gebiete der Elektrizität von vor erst wenigen Jahrzehnten vor. Der Redner konnte aus eigener Erfahrung sehr viel von den ersten primitiven Versuchen und des schwierigen Aufbaues erzählen, wofür ihm reichlicher Beifall gezollt wurde.

Am Sonntag fand dann noch im größeren Rahmen ein Festakt im großen Saal der Börse statt. Hier hatte man Gelegenheit neben musikalischen Darbietungen wieder einmal Opernsänger Mittelkopff zu hören, während Frau Dr. Voigt, Frau Sch. und Herr Wilhelm Zeiler, beide Solotänzer am Stadttheater, durch ihre anmutigen wie raffigen Tänze großen Beifall auslösten.

# Die Pflichtarbeiter des Wohlfahrtsamtes

Vom Wohlfahrtsamt der Stadt Breslau wird uns geschrieben:

Ueber die Pflichtarbeit des Wohlfahrtsamtes sind in der letzten Zeit die widersprechendsten Angaben verbreitet worden. Wir stellen darauhin fest, daß es sich bei den Pflichtarbeitern in erster Reihe um jugendliche Personen handelt, die seit langer Zeit arbeitslos sind und Ansprüche auf Bezüge aus der Arbeitslosen-Versicherung noch nicht haben können. Aus sozialen Gründen ist es notwendig, ihnen nicht dauernd Geldunterstützung zu geben, sondern sie wenigstens vorübergehend zu beschäftigen.

Aber auch bei älteren Personen sind es meist kurzfristige Gründe, die die Zuweisung von Arbeit unmöglich machen lassen. Es trifft nicht zu, daß die genannte Gruppe von Arbeitern sich aus arbeitslosen Menschen zusammensetzt. Die gesetzliche Grundlage für die Arbeit ist in der Verordnung über die Fürsorgepflicht gegeben. Arbeiten dieser Art werden in fast sämtlichen deutschen Großstädten mit bestem Erfolge durchgeführt.

# Frühling im Zoo

Einen eigenartigen Vorgang können die Besucher des Zoo zurzeit beobachten. Im Rehgehege lebt ein Fehdhase, ein Kanarienvogel, für den leider kein Weibchen vorhanden ist. Seit einigen Tagen macht der Hase nun einem Reh Liebesanträge, für welche die Rehe aber gar kein Verständnis hat. Man sieht infolgedessen den unverwandten Hase dauernd auf der Besichtigung des Rehs, das sich kaum vor dem sonderbaren Viehhäber retten kann. Hoffentlich bekommen wir bald einmal eine Häsinn geschenkt, damit im Rehgehege wieder geordnete Zustände einkehren. Die seit mehreren Wochen im Dickhäuterhaus untergebrachten Zebu- und Wisliffische, die dort in zwei benachbarten Käfigen freudigen Ereignissen entgegenzusehen, haben durch einen merkwürdigen Zufall beide am Donnerstag fast gleichzeitig ge-

# Holland, Land, Leute, Kunst

Karl Scheffler, bekannt als Redakteur der Zeitschrift „Kunst und Künstler“, Verfasser geistvoller Essays, von Büchern über Italien, über neue und alte Kunst, sucht in seinem auf Einladung der Gesellschaft der Kunstfreunde im Schlesischen Museum der bildenden Künste gehaltenen Vortrage etwas von seiner Liebe zu diesem dem Meere abgerungenen Lande, für das der Wahlspruch gelte: „Hilf dir selbst, so hilft dir Gott“ auf seine Zuhörer zu übertragen. Es gelang ihm, die Naturgeschichte des Landes eindringlich und anschaulich zu entwickeln, das wie kaum ein zweites seine Gestaltung durch den Menschen gefunden hat. Das aus Sumpf und Moor durch die jahrhundertelange Gemeinschaftsarbeit der Menschen zu einem Paradies geworden ist, zu einem Gemeinschaftsleistung, in dem das Moderne und die Tradition in der Abfolge der Generationen sich die Hand reichen, da ohne Ueberforderung das Künste geschaffen wurde, ein Land vollkommener Sachlichkeit. Darum entwickelte sich in ihm nicht die Einmaligkeit schlagender Gesten und Taten, wohl aber die jähre Behauptung konsequent errungener Freiheit. So hat in der alten Baukunst auch nicht die Kathedrale eine Ausbildung erfahren, sondern der zweckbestimmte Profan- und Wohnbau, der nicht so sehr der Stilentwicklung folgt, sondern eher einen günstigen Typus für die Dauer hervorbringt. Der Praxis verdankt das tolle Können keinen Ursprung und so ist auch in der Neuzeit das Wohnungsproblem von dieser Seite angefaßt worden. Wie leicht ist im Siedlungsbau Hollands der neue Gemeinshaftsstil am weitesten vorgebildet. Nach wie vor ist die Stadtkomposition das Entscheidende, auch das neue Bauen und Wohnen hat mit den Bedingungen der Vergangenheit zu rechnen, das Wasser und das Grün dringt nach wie vor in die Städte ein, ein eigenartiger Unterschied zwischen Stadt und Land ist kaum bemerkbar. Die Trodenlegung der Zudecke ist das große Gegenwartsmerkmal, im Grunde genommen eine Erneuerung des Luns der ersten Anfänger. In der Kunst Hollands ist das Sichtbare malerisch gestaltet und zwar liegt die künstlerische Begabung der Holländer ganz auf dem Gebiete der Malerei. In einem geistvollen Uebersichtsbild arbeitete der Vortragende die Aufgabe heraus, wie die Holländer es waren, die die „Ungewöhnlichkeit der Schönheit“ erfindeten. Eine einzige Generation führte die holländische Malerei zur unvergleichlichen Höhe. In doppelter Gestalt erschien ihr der Genius: in Frans Hals, der die Träne und Wut des Lebens darstellte, sowie in Rembrandt, der das Auge des Menschen im Lichte der Seele und in Rembrandt, bei dem Schein und Sein in eine dramatische Spannung gegen einander traten, die nur dem Vergleiche mit einem Shakespeare zulässig. Wer Holland bereist, wird nicht auf seine Rechnung kommen, wenn er das überragende Phänomene im Lande finden will, wohl aber, wenn ihn an der Intimität des Lebens und Erlebens gelegen ist.

# Sozialdemokratische Partei

Partei-Zentrale, Zimmer 107-170  
Telefonnummern 3000-3001  
Geschäftsverteilung von 6-1 und 6-7 Uhr

**Wahlung, Wahlkreis 1.** Die Wahllokale für die Kampfwahlkreise sind bei den Wahllokalen abzugeben.  
**Wahlung, Wahlkreis 2.** Die Wahllokale für die Kampfwahlkreise sind bei den Wahllokalen abzugeben.  
**Wahlung, Wahlkreis 3.** Die Wahllokale für die Kampfwahlkreise sind bei den Wahllokalen abzugeben.

# Freiwilliges Jugendvolk

**Wahlung, Wahlkreis 4.** Die Wahllokale für die Kampfwahlkreise sind bei den Wahllokalen abzugeben.  
**Wahlung, Wahlkreis 5.** Die Wahllokale für die Kampfwahlkreise sind bei den Wahllokalen abzugeben.  
**Wahlung, Wahlkreis 6.** Die Wahllokale für die Kampfwahlkreise sind bei den Wahllokalen abzugeben.

# Bund der Freiheitsjugend

Heute, 20 Uhr, kommen wir zu unserem Zentralgruppenabend im Heim, Grün-Strasse 14/16, zusammen.

# Sozialistischer Kampfbund

**Abend, 20 Uhr,** Heben in der Volkshochschule.  
**Abend, 20 Uhr,** Heben in der Volkshochschule.  
**Abend, 20 Uhr,** Heben in der Volkshochschule.

faßt. Mütter und Kinder befinden sich wohl. Unsere Schimpansin „Kessl“ hat in den letzten Tagen im Kadfahren enorme Fortschritte gemacht. Sie fährt auf dem Dreirad zum Entzünden der jugendlichen Zügelbewegung gewandt und durchaus selbständig herum.  
Die Ausgabe von Dauerkarten erfolgt vom 15. März ab außer im Geschäftszimmer des Gartens bei den Firmen Gebrüder Barusch, Ring, und S. G. Schwarz, Schmiedelstraße 43b sowie Neue Lachentstraße 18a. Der Preis der Karten für Familien und Einzelpersonen (28 Mark bzw. 12 Mark) kann in zwei Raten entrichtet werden.

# Gras- und Wiesenbrände

Gestern mußte die Feuerwehr fünfmal zu Gras- und Wiesenbränden ausrücken, und zwar um 10<sup>15</sup> Uhr nach Breslau-Klein-Tschansch, um 12<sup>15</sup> Uhr nach dem Bahndamm zwischen Wiesenhof und Ruckmühlstraße, um 12<sup>15</sup> Uhr nach der Eisenbahnunterführung Charlottenstraße und Hochwälderstraße, und um 16<sup>15</sup> Uhr nach Bachstraße Ecke Westhofenstraße, kurz vor 18<sup>15</sup> Uhr nach dem Gelände zwischen Leeborn- und Lohstraße. Zum Glück der Brände mußten zum Teil Schlauchleitungen vorgekommen werden.  
Kurz nach 20<sup>15</sup> Uhr erfolgte ein Alarm nach Fischerstraße 79. Hier brannten in einer Wohnung Federbetten und Kleidungsstücke. Es liegt Brandstiftung vor.

# Ringkämpfe im Zirkus Busch

Im Zirkus Busch haben die spannenden Schlus-Begegnungen angefangen, die auf das baldige Ende der Deutschen Meisterkämpfe 1930 hindeuten. Zahlreichen Besuch hatte der Zirkus Busch auch am Montag wieder aufzuweisen. Stand hoch der Kampf der beiden bisher unbesiegten Bewerber Szefer-Barusch und Jan Jaago-Gland zur Erlebung. Und es wurde tatsächlich ein Großkampf ersten Ranges. Mit der Länge der Kampfszeit behielt der deutsche Meister Szefer langsam aber sicher Uebergewicht. Ueberdies machte sich auch der Altersunterschied doch etwas bemerkbar, und wenn man bedenkt, daß Jan Jaago immer noch Extraklasse darstellt, so muß man den Sieg Szefers, den dieser nach 54,10 Minuten Gesamtringzeit erfocht, um so höher anrechnen. Vorher hatte Peterlon-Lettland, der immer mehr von sich reden macht und durch seine athletische Figur am ehesten berechtigt ist, den Favoriten das Leben schwer zu machen, gegen den Vorimunder Ahrens 25 Minuten unentschieden gerungen, und auch Kämpfer mit Booshoff erreichten in den ersten beiden Gängen kein Uebergegnis, so daß der Kampf unentschieden abgebrochen wurde. Im Schluskampf des Abends standen zwei Schwergewichte, der Münchener Hans Schwarz und Grifis-Sibirien auf der Matte. Trotzdem zeigten sie guten griechisch-römischen Kampfstil, wenn es auch nicht ohne Schlagereten von Seiten des Sibirien Grifis abgehen wollte. Beim Abfangen eines Griffes von Sibiris zum Doppelneelson siegte Schwarz durch Armfallgriff nach 21 Minuten Gesamtzeit. — a heutigen Dienstag feigen drei Entscheidungskämpfe und zwar Ahrens-Darmund gegen Jan Jaago-Gland, Grifis gegen Karisch und Szefer gegen Booshoff-Breslau. Außerdem ringen noch Pinecki und Peterlon miteinander.

- \* **Silberhochzeit.** Genosse Karl Höblich, Siedlung Tschansch, Otto-Hue-Strasse 19, feiert heute mit seiner Frau das Fest der „Silbernen Hochzeit“. Die Volkswacht ist 28 Jahre in seinem Hause. Wir gratulieren!
- \* **Silberhochzeit** feiert heute Genosse Heinrich Kranz, Uferstraße 34. Er ist langjähriges Parteimitglied und langjähriger Volkswachtler. Wir gratulieren.
- \* **Das Vindcar-Fahrrad,** das bei dem Werbeabend am Sonntag verlost wurde, hat Gertrud Kupfer, Kupferschmiedestraße 22/23, gewonnen.
- \* **Kulturabend.** Die für heute Dienstag eiderne Gründungsverammlung des Arbeiter-Kultur-Karrells findet mit Rücksicht darauf, daß sich der Arbeiter-Bildungs-Verein morgen Mittwoch neukonstituiert, erst am Freitag, dem 14. März, 20 Uhr, im Zimmer 14 des Gewerkschaftshauses statt. Sämtliche Vereinsvorsitzende erhalten bis dahin die Tagesordnung der Gründungsverammlung durch Rundschreiben.

**Breslauer Volksbühne.** Bei der Kasperle-Vorstellung der Breslauer Handpuppenbühne, die im Rahmen der Sonderveranstaltungen der Volksbühne am kommenden Mittwoch nachmittags 4<sup>15</sup> bis 6 Uhr im Schiedmayer-Saal, Karlsruherstraße 48/49, stattfindet, gelangt das Spiel „Der Geißals und die Diebe“ zur Aufführung. Eintrittsarten für Mitglieder zum Einzelpreis von 30 Pf., in der Geschäftsstelle, Albrechtstraße 32, und an der Saalkasse, für Nichtmitglieder zum Preise von 70 und 60 Pf. nur an der Saalkasse.  
**Nachtballett zur Erhaltung der Oper.** Die Direktion der Schauburg-K. V. veranstaltet im Capitol am 15. März 1930, abends 11.15 Uhr, ein ganz außergewöhnliches Nachtballett zur Erhaltung der Oper, unter dem Titel: „Kestel die Oper!“ an der u. a. Wolf, Darbo, Holland, Högner, Schulz, Baron, Gubas, Frey, Kaspermeister, Schöber, Wilhelm, Wölle vom Stadttheater mitwirkend sind. Das Szenario wird Herr Prof. Wäbermann stellen, während Intendant Dr. Hartmann die Rahmenhandlung des Balletts persönlich inszeniert. Der Erlös fließt dem Verein Opernhilfe zu. Der Vorverkauf beginnt Montag an der Capitol-Kasse, der Kasse der Philharmonie, außerdem bei Gaimauer, Hoppe und Wandel. Preise: 2,30 Mark bis 6,70 Mark.

Die die Kasse und die Kasse. Die die Kasse und die Kasse. Die die Kasse und die Kasse.



**Reichsbanner-Kameraden**  
Erfüllt Eure Pflicht  
im Werbemonat März  
Jeder Republikaner  
ins Reichsbanner  
Schwarz-Rot-Gold

In dieser Woche finden folgende Wörke und Kameradschaftsveranstaltungen statt:  
**Abend, 8 Uhr,** bei Fiedler, Bohrauer Straße 60. Referent: Kam. Dr. K. B. B. B. B.  
**Abend, 8 Uhr,** bei Fiedler, Bohrauer Straße 60. Referent: Kam. Dr. K. B. B. B. B.  
**Abend, 8 Uhr,** bei Fiedler, Bohrauer Straße 60. Referent: Kam. Dr. K. B. B. B. B.

\* 25. Ziehungstag, Vor- und Nachmittag, Preußische Süddeutsche Klassenlotterie. Wie uns die Lotteriebahn K. n. d. E. Haus Lauenhagenplatz 1, mittelt, wurden folgende Gewinne gezogen:

25 000 Mark	10 000 Mark	10 000 Mark	10 000 Mark
310 870, 5089 Mark	36 321, 321 200, 324 564, 377 548, 381 800	3000 Mark	24 743, 83 204, 175 314, 212 805, 224 771, 308 230, 343 088, 388 663, 2000 Mark
10 858, 17 111, 17 476, 31 000	40 144, 58 179, 71 420, 98 428, 98 827, 101 505, 208 908, 211 600, 315 080, 380 864, 1000 Mark	35 555, 41 091, 51 702, 53 430, 63 541, 71 201, 81 640, 92 272, 97 841, 127 406, 137 410, 148 130, 160 300, 166 089, 181 071, 183 204, 198 933, 199 873, 202 570, 213 410, 231 609, 237 880, 257 478, 258 658, 305 787, 315 000, 316 182, 317 159, 318 650, 337 358, 352 077, 380 000, 385 000, 387 520, 391 838, 392 804, 500 Mark	
7068, 7943, 10 000	13 156, 18 243, 18 676, 30 275, 30 367, 33 978, 37 134, 39 230, 44 404, 53 385, 53 729, 55 370, 65 801, 66 303, 64 115, 75 000, 77 907, 104 214, 105 126, 111 429, 114 303, 124 622, 125 290, 126 727, 129 964, 132 925, 133 734, 135 562, 141 138, 145 730, 148 871, 154 318, 154 645, 173 201, 184 298, 186 425, 191 670, 195 341, 199 052, 199 480, 200 543, 201 650, 216 465, 220 600, 230 471, 240 045, 242 651, 250 451, 254 248, 265 397, 268 310, 269 882, 270 866, 274 767, 277 171, 281 271, 291 100, 308 715, 311 479, 314 188, 316 303, 320 570, 322 380, 324 077, 328 380, 328 945, 332 185, 332 701, 342 657, 343 394, 344 700, 356 125, 360 982, 364 945, 370 884, 378 845, 380 818, 381 600, 385 026, 387 387, 1000 Mark	388 970.	

\* In die Ober gefallen. Umweil der Sandbrücke hatte gestern abend kurz vor Mitternacht ein Mann aus der Gabelstraße die Böschung des Odeufers zum Aufspringen ausgerufen. Er nicht anders zu erwarten, rollte der schlaftrübe bei einer Bewegung in das Wasser. Ein Passant, der den Vorfall beobachtet war, dem ins Wasser Gefallenen den auf der Sandbrücke hängenden Rettungsring zu und half ihm aus dem Wasser. Er schaffte ihn auf das Polizeirevier, wo ihn die verständigen Angehörigen abholten.

\* **Selbstmordversuch bei der Braut.** In der Wohnung seiner Braut am Schweidnitzer Stadtgraben verlor sich am Montagvormittag der Schlosser B. aus der Gabelstraße aus unbekanntem Anlaß mit Leuchtgas und vergiftet. Der Lebensmilde wurde rechtzeitig aufgefunden und in das Wenzel-Hande-Krankenhaus eingeliefert, wo er ins Bewußtsein zurückgerufen werden konnte.

\* **Selbstmord eines Studenten.** Montag abend wurde in seiner Wohnung am Museumplatz der Student Hans M. erhängt aufgefunden. Ueber das Motiv zur freiwilligen Lebensentlassung konnte bisher nichts ermittelt werden.

# Unschuld

Das Motiv — nach einer Novelle von Salten — ist nicht überl. Veronika, das hübsche harmlose und fromme Tirolo Bauerntödel, kommt zu ihrer Tante nach Wien. Die Tante aber ist Prostituierte — von der besseren Sorte mit „feinsten Herrn“ — und weckt in der Kunst das Objekt unerfüllter, schmerzloser Liebessehnsucht, kann aber nicht verhindern, daß ein sozusagen fröhlicher Abend mit einer Population endigt die Veronika ungeschuldsvoll als die Liebe, der Mann aber als als Erlebnis bürgerlicher Verbängungserotik wertet. Das Gemachte führt zum erstarrten Nüchterngeirren und dann zum Tod. Wie gesagt, ein Motiv, das gestaltungsreich ist und dem plüschlogisch begabten Drehbuchverfasser wie Regisseur Aufgaben stellt. Aber diese Aufgaben wurden nicht voll erfüllt und erfüllt. Wechs das Manuskript von Junger, nach die Regie Lands wurde dem Stoff gerecht; sie verzerrten sich in kleine Unmöglichkeit die den Gesamteindruck erheblich stören und auch das Spiel Rats von Nagy als Veronika nicht voll zum Ausdruck gelangen lassen. Das Geistliche hat sich mit psychologischen Unmöglichkeitkeiten; man glaubt nicht, daß der Pirmiling unberührt in Chambré separé tänzelt mit einem kaum bekannten Mann ohne jeden schlichten Uebergang mitgeht und am nächsten Morgen unverändert kindlich erzählt: „Ich war beim Ferdinand.“ Man glaubt auch diesem Mann nicht, daß ohne Verantwortung zu der Tante nachkommt, nur um sich ruppig zu benehmen — was andererseits in Spiel und Zusammenhang gezwungen wird — deshalb bietet diese verfilmte Novelle nicht, was sie bieten könnte.

**Billige und gute Bilder**  
in allen Preislagen  
Gerahmt und ungerahmt, auch für alle vorhandene Rahmen, in allen Größen  
**Schlafzimmer-Bilder**  
Bilder sind die schönsten Geschenke für Hochzeiten und andere Gelegenheiten  
**Bruno Wenzel**  
Kunsthandlung, Albrechtstraße 11



# Zentrumsterror in O.G.

## Fürstbischof gegen Sozialdemokratie

Das lange Jahre aus wohlwogener Zweckmäßigkeit nach links tendierende oberösterreichische Zentrum wechelt in letzter Zeit mit erstaunlicher Geschwindigkeit seine taktische Linie gegenüber der Sozialdemokratie. Man hält offenbar die Zeit für gekommen, die t. t. t. gottlosen Sozialdemokraten entbehren zu können und geht teilweise mit Hilfe der anscheinend milder gottlosen Kommunisten, teilweise mit Hilfe der höchsten kirchlichen Instanzen zu einer Generaloffensive vor, die wohl kaum ohne Rückwirkungen außerhalb Oberösterreichs bleiben wird.

Da war einmal die Hindenburg Oberbürgermeisterwahl, die infolge der Blokkad-Taktik in der Kandidatenbenennung ein dem Zentrum unympathisches Ergebnis hatte, worauf man sich mit den Kommunisten koalitierte, um einen von vornherein als ungeschicklich feststehenden Demonstrationserfolg zu erzielen. Selbstverständlich ist der Beschluß, mit dem Gehalt der nicht zu wählenden Oberbürgermeisters Kandidaturen vorzunehmen und die bereits vorgenommenen Wahl zu annullieren, vom Magistrat Hindenburg beantragt worden. Die Auktoritätssicherung durch die Aufstufung der Ämter außer Frage stellen. Der Ragenjammer pflegt ja zumeist nach den Festen zu kommen. Deshalb kommentiert die „Oberösterreichische Volkstimme“ denn auch das Hindenburg Theater sehr verlegen und unauffällig und umschreibt dabei die Richtlinie des zentrumlichen Vandelus im Hindenburg Stadtparlament folgendermaßen:

„Für uns sind die Kommunisten keine Partei, mit der wir je gehen können. Die Grenzen sind hier scharf nach jeder Richtung gezogen durch die absolute Gegebenheit der wirtschaftlichen, nationalen und religiös-kulturellen Gegensätzlichkeit. Abgründe trennen uns von der kommunistischen Partei, die ja nichts kennt, als Hehe und sinnlos wütenden Kampf gegen alles, was wir als hohe und höchste Güter vereidigen, und gar keine Brücken auch nicht zur schwächsten Verbindung oder Annäherung gibt es zwischen uns und ihnen. Die Kommunisten sind eine Partei, mit der wir auch nicht einmal verhandeln. Über die vorgestrige Demonstration der Hindenburg Fraktion — eine solche war es — hatte ihren guten Wert und die Entrüstung der gegnerischen Presse ist ja nur der Ausdruck ihres Aergers über ihre Enttarnung am 7. März.“

Damit unsere Leser einen annähernden Begriff davon bekommen, wie diese Demonstration ausfiel, sei hier einer der vielen Anträge wörtlich wiedergegeben, die das Zentrum bei dieser denkwürdigen Sitzung angenommen hat:

Anlässlich des Internationalen Erwerbslosentages am 6. März führten die Erwerbslosen und die übrigen klassenbewußten Arbeiter auch in Hindenburg Demonstrationen um Brot und menschenwürdiges Dasein durch.

Die Schupo des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Danehl versuchte durch die Anwendung des Gummistockes und der übrigen brutalen Polizeimethoden die Demonstrationen der Arbeiter zu verhindern und den Hunger durch den Gewaltstempel zu beseitigen. Wenn ihnen auch das erstere nicht gelungen ist, müssen wir dennoch feststellen, daß die Polizei ohne jeden Grund und Ursache Hunderte von Arbeitern schwer mißhandelte und eine große Anzahl Verhaftungen vornahm.

Die Stadtverordneten-Versammlung stellt fest, daß die Polizei und ihre Minister als Beauftragte der Bourgeoisie durch die Gewalttätigkeiten die Ausplünderung der werktätigen Bevölkerung verewigen und noch mehr ausbauen will, damit der Youngplan auf dem Rücken der Arbeiter erfüllt werden kann.

Die Stadtverordneten-Versammlung protestiert auf das entschiedenste gegen derartige Methoden und fordert die sofortige Aufhebung des Demonstrationsverbotes.

Wäre dieser verspätete Tadel immerhin noch aus dem Aergers über eine entgangene wichtige Stelle der Kommunalverwaltung im Industrieort zu erklären, so scheint man aber auf der anderen Seite darüber hinaus einen Generalangriff von kirchlicher Seite vorzubereiten, der zu dem vielbreitere Lamento über die Ungerechtigkeiten längstenschwundener evangelischer Vorherrschaft in Preußen paßt wie die Faust aufs Auge. Da ist in Hindenburg ein Lehrer, der bei dem in Preußen leider noch bestehenden konfessionellen Schulsystem auch Religionsunterricht zu erteilen hat, Vorsitzender der Hindenburg sozialdemokratischen Organisation Genosse, dessen Zugehörigkeit ja nicht erst seit vorgestern bekannt sein dürfte, zwei Tage nach dem Zentrum unbedeutenden Oberbürgermeisterwahl folgenden Brief zugegangen:

Hindenburg, den 22. Februar 1930.

Da Sie in vollem Bewußtsein der Gegenjählichkeit zu den Grundgesetzen der katholischen Kirche öffentlich der Sozialdemokratischen Partei beigetreten sind und sogar (!!) eine Art führender Stellung in derselben eingenommen haben, so eröffne ich Ihnen hiermit im Auftrage des Hochwürdigsten Herrn Fürstbischofs von Breslau, daß Ihnen die Missio canonica zur erteilung des Religionsunterrichts entzogen wird.

Es sei hier ausdrücklich hervorgehoben, daß diese Verfügung keinerlei politische Tendenz hat, sondern in Ausführung der Grundgesetze erfolgt, die für die Fuldaer Bischofskonferenz am 25. 8. 1921 verabschiedet hat für die Beurteilung der Anhänger von kirchlich verbotenen Vereinigungen. Ebenso vereinbart ist Ihre Haltung nicht mit den ministeriellen Verfügungen (Zentralblatt für die Unterrichtsverwaltung 1923 Heft 9 S. 714), die für den katholischen Religionsunterricht die Norm aufgestellt hat:

Unersichtlich bleibt, daß neben die überzeugende Belehrung das gewinnreiche gute Beispiel einer kirchlich-treuen, frommen und charaktervollen Lehrerpersönlichkeit tritt.

Doch Sie vom Empfang der heiligen Sakramente ausgeschlossen sind, versteht sich gemäß den zitierten bischöflichen Anweisungen von selbst.

gez. Thomeczek, Pfarradministrator.

Das gleiche Schreiben mit dem gleichen Wortlaut erhielt auch der sozialdemokratische Lehrer Wylezol zugefickt, der die Kinderfreundebewegung in Hindenburg leitet. Ein weiterer Fall wird aus Laibach im Kreise Gleiwitz gemeldet. Der Lehrer Viktor Kaluzja hat dort der sozialdemokratischen Bewegung eine Mehrheit in der Gemeinde erarbeitet und ist zum Gemeindevorsteher gewählt worden. Da man ihm politisch nicht schaden kann, versucht man es auf andere Weise. Eines Tages erscheint bei ihm während des Unterrichts in der Klasse der Pfarrer Mafelka mit einer schriftlichen Mitteilung des Kardinals und stellt folgendes Ultimatum:

Kaluzja ist öffentlich von der Kanzel aus zu exkommunizieren, wenn er nicht binnen drei Wochen (!!) seine „Verfehlungen“ (gemeint ist seine politische Arbeit usw.) wieder gut macht. Kaluzja hat sich kirchlich trennen zu lassen (seine Frau ist Südbin), er hat ferner sein Kind tadeln zu lassen und soll außerdem die schriftliche Erklärung abgeben, nicht mehr für die Sozialdemokratie zu arbeiten!

Natürlich ließ der sozialdemokratische Lehrer sich eine berartige Behandlung nicht gefallen, lehnte die Einmischung in

seine Familienverhältnisse ab und wandte sich an die Regierung. Inzwischen haben 90 Prozent der Familienväter von Laibach, die ihre Kinder zur Schule schickten, Kaluzja ihr vollstes Vertrauen ausgesprochen. Trotzdem will ihn die Regierung Opatowitz, den Willkür des Kardinals willfährig, versehen. Dann ist die Schmach des Zentrums erfüllt: die sozialdemokratische Bewegung in Laibach wäre ihres Führers beraubt.

Geradezu unerhört ist ein weiterer Fall des Hauptlehrers John in Schewlowitz im Kreise Groß-Streitz. Er ist erst im Sommer vorigen Jahres Sozialdemokrat geworden.

Sobald das bekannt wurde, entzog ihm der Schulrat im Auftrage der Regierung die Missio canonica zur erteilung des Religionsunterrichts.

John selber wurde unmittelbar darauf exkommuniziert. Zu seinem persönlichen Vornamen gesellte sich noch der seiner Familie, da der Pfarrer in Bauls und Bogen gleich die Frau des Hauptlehrers und seine 10jährige Tochter mit exkommunizierte, obwohl beide mit der Sozialdemokratie nicht in Verbindung stehen. Und das alles, obwohl der Elternrat der Schule in Schewlowitz sich einmütig hinter den gemäßigtesten Hauptlehrer stellte und ihm das Zeugnis ausstellte, daß er besseren Religionsunterricht erteile als ein Priester!

rw. An diesen Vorfällen ist zweierlei bemerkenswert; erstens das plötzlich einschende, scharfe Vorgehen der kirchlichen Behörden, die in fast lindlicher Naivität vermehren feststellen zu können, daß dieser geistige Terror „keine politische Tendenz habe“ und weiterhin die willfährige politische Verwaltung Oberösterreichs, die, wie der Fall John in Schewlowitz zeigt, sich ohne weiteres zu Handlangern der kirchlichen Behörden macht. Die es sich nur grundtätig festgestellt, aber nicht wirksam durchgeführte, Trennung von Staat und Kirche in Deutschland — ein selbstverständliches Postulat modernen Staatslebens und beileide keine unumstößliche Idee der Sozialdemokraten — wird hier wieder einmal ad absurdum geführt. Seine Eminenz ordnet an und die Regierung in Opatowitz führt aus. Kein Zweifel, daß auch die vorwiegend zentrumliche Schulabteilung der Breslau'er Regierung, kein Zweifel, daß auch manche andere Instanz unterer politischen Verwaltung sich im Verfolge derartigen Maßnahmen der katholischen Kirche in den Dienst der guten Sache, d. h. der Beseitigung von Sozialdemokraten aus dem Schuldienst, stellen werden.

Die Konsequenz dieser Vorgänge braucht hier wohl nicht besonders unterstrichen werden. Mit dem Entzug der Missio canonica kann man Tausende von sozialdemokratischen Lehrern, die ja in Preußen aus dienstlichen Gründen so gut wie nicht in der Lage sind, aus der kirchlichen Organisation auszutreten, die Möglichkeit nehmen, ihre mit dem Religionsunterricht verbundenen Lehrstellen zu versehen, kann man auf wunderbare Weise alle unangenehmen geistigen Einflüsse in der katholischen Schule auszumerzen. Natürlich ist das keine Neuheit. Die Fuldaer Bischofskonferenz ist uns und dem Fürstbischof schon lange bekannt. Daß man jetzt und nicht schon früher die Konsequenzen aus ihren Beschlüssen zog, ist selbstverständlich nicht Laune, sondern offenbar der Auftakt zu einem wohlbedachten Machtkampf, zu einem Kulturkampf, der sicherlich nicht ohne Zusammenhang mit höheren Instanzen, nicht ohne Verknüpfung zwischen geistigen und politischen Priestern des Katholizismus eingeleitet wird. Wir fürchten diesen Kampf ebensowenig, wie die mexikanische Arbeiterklasse den ungeheuerlichen Verleumdungsfeldzug gegen das weltliche Mexiko fürchtete; wir glauben sogar, daß der Ausgang eines solchen Kampfes nicht uns, sondern der kirchlichen Dogmatik den Hals brechen wird.

## Das Wasser der Peile

Protest der Anlieger wegen Wasserverseuchung durch die Fabriken.

Seit einer Reihe von Jahren nimmt die Verseuchung des Wassers der Peile im Schweidnitzer und Reichenbacher Gebiet immer schlimmere Formen an, so daß die Gesundheit der Einwohner außerordentlich gefährdet erscheint. Schon in früheren Jahren wurden Maßnahmen eingeleitet, um durch Schaffung von Kläranlagen eine Reinigung des Wassers zu erzielen oder die Fabriken zu veranlassen, ihre Abwässer nicht mehr in die Peile zu leiten. Die Abwässer der Textil- und anderen Fabriken verseuchen besonders im Reichenbacher Gebiet das Wasser derart, daß es einen pestilenzartigen Gestank über die ganze Gegend verbreitet. In letzter Zeit haben Protestversammlungen der Peileanlieger in zahlreichen Orten stattgefunden, wobei mit größter Entschiedenheit die baldige Beseitigung des gesundheitswichtigen Zustandes gefordert wurde. Es wurde eine besondere Peile-Kommission gebildet, die erneute Abhilfemaßnahmen betreiben und mit den zuständigen Stellen in Verbindung treten soll. In einer Sitzung dieser Kommission wurde eine Beschwerde ausgearbeitet, die dem Reichsgesundheitsamt sowie den Reichs- und Landtagsabgeordneten des Wahlkreises übermittelt werden soll, weil man nach den bisherigen Erfahrungen von dem Reichenbacher Landrat und der Breslauer Regierung in der Frage nichts mehr erwartet.

In der Beschwerde wird besonders darauf hingewiesen, daß die Peile noch vor 40 Jahren völlig einwandfreies Gebirgswasser führte, das durch großen Fisch- und Krebsreichtum ausgezeichnet war. Damals wurde auch das Vieh noch allgemein aus der Peile getränkt. Mit der Anwendung von chemischen Substanzen in den Textilwerken verschwanden die Fische und Krebs mit einem Schläge und es entstand ein unerträglich Gestank, der die ganze Gegend von Reichenbach bis nach Schweidnitz verpestet.

## Steuerrebellion im Kreise Bunzlau

Zurzeit sind wieder einmal die Erklärungen modern, daß die Landwirtschaft am Ende ihrer schon oftmals aufgezehrten Substanz sei und infolgedessen keine Steuern mehr zahlen könne. In den verschiedenen Kreisen des Regierungsbezirks Plegnitz wurden dieser Tage die entsprechenden Entschuldigungen gefaßt und von der nationalen Presse entsprechend ausgemacht. Die Wirkung dieser bequemen Äußerungen, die von Regierungsmassnahmen in erspauenswerthem Zutrauen nichts weniger als die Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft verlangen,

bleibt natürlich nicht aus. Statt erster Beratung in übermäßige und notwendige Maßnahmen, über die Lagerung der Qualität und des Abfahes, über Regulierung des Abfahes unter Ausschaltung des profitlichsten Zwischenhandels und damit Vermeidung der schädlichen Auswirkungen des kapitalistischen Warenmarktes auf die naturgebundene landwirtschaftliche Produktion, beginnt man in den Kreisen verkehrter Bauern wieder das Spiel von Langensils.

Merkwürdigerweise zeigt sich die absolute Unfähigkeit Steuern zu zahlen und die Sabotage von Exekutionen wieder in einem von einem sozialdemokratischen Landrat geleiteten Kreise. So wird aus Krositz im Kreise Bunzlau gemeldet, daß dort der Landwirt Schubert mit 180 Mark Steuern im Rückstand geblieben war und desselbenwegen eine Versteigerung verpfändeter Möbel und anderer Sachen stattfinden sollte. Da man bereits wußte, daß die Versteigerung auf bekannte Art sabotiert werden würde, ließ der Vollziehungsbeamte die gepfändeten Güter nach Bunzlau schaffen. Aber auch hier versammelte sich auf Verabredung eine hundertköpfige Menschenmenge und besetzte die Eingänge des Gasthofes, in dem die Versteigerung stattfinden sollte. Der anwesende Landjäger mußte Versteigerung ansfordern. Erst als vier weitere Landjäger eintrafen, konnten die gepfändeten Sachen unter dem Murren der Menge — weggeschafft werden. Bei einem weiteren Versteigerungstermin am Sonnabend im „Kaiserhof“ waren wieder Hunderte von Bauern anwesend, um Angebote zu verhindern.

## Feudale Betrüger

Vor dem Landgericht in Hirschberg schwebt seit einiger Zeit ein umfangreiches Betrugsvorhaben gegen die Familie Major von Müller. Obgleich die schwerer Straftaten beschuldigt werden, hat man es bezeichnenderweise nicht nötig befunden, die adligen Herrschaften zu verhaften, wie es in anderen Strafsachen in gleichen Fällen zu geschehen pflegt. Als dann der Prozeß stattfinden sollte, wartete man vergeblich auf die drei Angeklagten. Daraufhin wurde gegen sie endlich ein Haftbefehl erlassen und fand Frau Helene von Müller und ihren Sohn, Axel von Müller, in Bad Harzburg. Eduard von Müller, Badaufenthal war hingegen noch nicht festzustellen. Die beiden Verhafteten werden nun nach Hirschberg überführt werden; sie haben selbstverständlich bereits Haftbeschwerden eingelegt.

## Landgemeindevorband gegen Landbürgermeisterereien

Der Landgemeindevorband Niederösterreich hielt vergangene Woche eine Sitzung seines Vorstandes ab, die in der Hauptsache zu dem Entwurf eines Gesetzes über die kommunale Selbstverwaltung Stellung nahm. Die Verammlung forderte paritätische Behandlung von Stadt- und Landgemeinden, die in dem Entwurf nicht überall durchgeföhrt ist, lehnte die Mehrheit die Einführung der Landbürgermeisterereien auch in der Form von Aemtern ab und verlangte den Einbau von Wirtschaftskontrollen gegen die vorgesehene Verfestigung der Staatsaufsicht sowie volles Stimmrecht für die Schöffen. Der Vorstand setzte sich ferner für verbilligte Hauszinssteuerhypotheken ein und wählte die auf Grund der kommunalen Selbsthilfeaktion zu bildenden Kreditausschüsse. Schließlich nahm er den Bericht über die Rundgebung zum Ausbau der Oden anlässlich des Mittelländaltals entgegen.

Auf Grund des bei der Statutenberatung auf dem Kreisvertretertag in Schreiberhau eingeschränkten Koopierungsrechtes wurde außerdem der Genosse Hertwig-Weißstein sowie Gemeindevorsteher Härtel-Königszell und Datsch-Kohlhuth in den Vorstand kooptiert.

Neu-Uttmannsdorf, Kreis Münstereberg. Feuerwehrlöhne hiefige Hochzeitsgäste. Bei einem Hochzeitsbanketten einige Welter in Streit, der in eine wilde Messerschere ausartete. Ein Obermeister wurde, als er schützend eingreifen wollte, niedergestochen und mußte lebensgefährlich verletzt ins Krankenhaus geschafft werden. Erst als die Feuerwehr mit der Spritze eingriff, konnten die erhitzen Gemüter „abgelaßt“ und die Streitenden getrennt werden.

Leptowoda. Die Schwurgerichtssitzung im Gasthaus. Heute findet hier eine Schwurgerichtsverhandlung gegen den Arbeiter Walter wegen Mordversuchs im Gasthaus „Zur Krone“ statt.

Goldberg. Ungenehmer Konkurs. Einen unermarsten Ausgang nahm hier, infolge eines günstigen Hausverkaufs des Konkursverwalters, ein Konkursverfahren. Nach Befreiung aller Gläubiger, und Verwaltungskosten wurden alle Gläubiger mit 100 Prozent befriedigt, und der Gemeindefiskus erhielt überdies aus der Masse noch einen erheblichen Ueberbisch.

Kaltenbach OÖ. Vom Schlachtfeld der Arbeiter. Der in den Crebauer Forsten mit Holzfällen beschäftigte Waldarbeiter Schneider, wurde beim Fällen eines Baumes vom unteren Stammende gegen den Kopf getroffen. Er brach mit gespaltenem Schädel tot zusammen.

Pleß. Polizei und Bandit. Auf dem Transport zur Waage ging der 23jährige Bandit Johann Laßk auf einen Polizeibeamten los und verfecht ihn drei Stöße in den Kopf. Als der Polizist den Säbel zog, entziff ihm der Bandit auch diesen. Nun zog der Wasmann die Waffe und erschick den gefährlichen Angreifer.

Kattowitz. Gewissenloser Arbeitgeber. Vor der Strafammer des hiesigen Berggerichts wurde dieser Tage gegen den Direktor Kowolik von der Stoff-Fabrik Wronow und den Montageleiter August Kaltenbach wegen fahrlässiger Tötung verhandelt. Im April vorigen Jahres wurde der Arbeiter Paul Pika beauftragt, im Innern eines Schornsteins Montagearbeiten vorzunehmen. Kaltenbach ließ u a mittelbar darauf von zwei anderen Arbeitern Entgangensarbeiten vornehmen. Da im Innern des Schornsteins hierdurch auch Vergahung eintrat, erlitt Pika eine Vergiftung, an deren Folgen er verstarb. Das Gericht verurteilte den Direktor zu zwei Monaten Gefängnis, bzw. einer Geldstrafe von 600. Pika-Kaltenbach mußte freigesprochen werden.

## Aus der Umgebung

Leuthen. Besuch bei den Hamkens-Anhängern. Hier finden in letzter Zeit regelmäßig Versammlungen jenseitig geistigen Bedürfnisses statt, die dem Landvolk-Agitator Hamkens Gefolgschaft zu leisten pflegen, wobei es meistens sehr „erregt“ zuzugehen pflegt. Immerhin — während in der vorletzten Landvolkversammlung der Genosse Schiffer „noch“ durchs Fenster fliegen sollte, so war es bei der letzten Versammlung doch möglich, daß der Genosse Schiffer und der Genosse Schmiegel Groß-Schottau, sowie der Landwirt Wolff-Schönbach auf Wort kommen konnten. Und siehe da, die Bauern, die sonst Hamkens-treu waren, sind diesmal mit einer ganz anderen Stimmung nachhaufe gegangen. Nur einige wenige waren dem Redner des Abends, dem Gutspächter Rönne, gefolgt. Alle anderen zollten den Ausführungen der sozialdemokratischen Diskussionsredner großen Beifall.

Jindel. Ein prägelustiger Herr scheint der hiesige Lehrer Marquard zu sein. Von verschiedenen Seiten wird uns mitgeteilt, daß Marquard außerordentlich oft und heftig und seinem sogenannten „Züchtigungsrecht“ Gebrauch macht; so, es kommt sogar vor, daß mangelndes Können körperlich geübt, daß Mädchen geprügelt werden, was laut ministeriellen Richtlinien überhaupt unstatthaft ist. Ueberdies beliebt es dieser merkwürdigen Pädagoge, den Kindern als Strafe das Essen des Frühstückes zu verbieten. Vielleicht bekümmert sich der zuständige Schulrat einmal um die Dinge.

**Büdo** Salonwachs für den Fussboden



Spaßvögel oder Verbrecher?

Eine seltsame Entführung in London

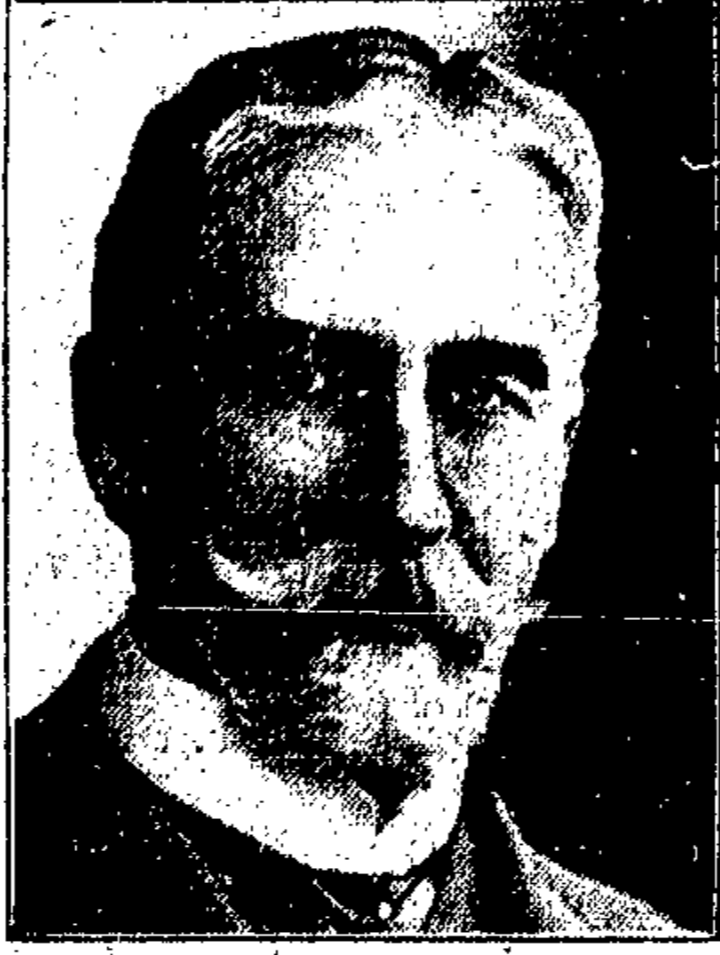
Vor wenigen Tagen hat sich in einem dichtbevölkerten Vorort folgende Geschichte abgespielt. Alle Versuche, das Geheimnis zu klären, sind erfolglos geblieben. lautet: Wer hat Hewett weshalb entführt? ...

Mais Weber, Joseph Weber und Dr. Rudolf Meyer werden beschuldigt, in voller Absicht zum Nachteil der Genossenschaft gehandelt und den Vermögensstand der Genossenschaft unwahr dargestellt zu haben. ...

Explosionsunglück auf dem Truppenübungsplatz

Auf dem Gelände des Truppenübungsplatzes Ohrdruf (Thüringen) fanden gestern nachmittag zwei Soldaten des zurzeit hier weilenden Ausbildungsbataillons Marxburg einen Blindgänger. ...

Minister a. D. von Breitenbach †



In Bielefeld verstarb am Montag morgen kurz vor seinem 80. Geburtstag der frühere preussische Minister für öffentliche Arbeiten Dr. von Breitenbach an den Folgen eines Schlaganfalls. ...

104 Kinder lebend verbrannt

Bei einer Kinokatastrophe in der koreanischen Hafenstadt Fusan sind 104 Kinder verbrannt. Man zeigte in der Versammlungshalle der Chintai-Marinestation einen Film anlässlich des 25. Jahrestages des Sieges von Muiden, als plötzlich ein zu Beleuchtungszwecken dienender Behälter mit Naphthagas unter ungeheurem Flammentwicklung explodierte. ...

Neuer Höhenrekord einer amerikanischen Fliegerin

Die 18 Jahre alte Fliegerin Elinor Smith hat einen neuen Höhenrekord für Flugzeugführerinnen aufgestellt. Sie erreichte eine Höhe von 9755 Meter. ...

Was hat Byrd entdeckt?

Polarforscher Byrd ist in Neuseeland eingetroffen. Mit ohrenbetäubendem Sirenengeheul wurden die beiden Expeditionsschiffe „City of New York“ und „Eleanor Bolling“ begrüßt. ...

30 Tote bei einem Zugabsturz

Nähe der brasilianischen Hauptstadt Rio de Janeiro entgleiste ein aus dem Kurort Theropolis kommender Zug, dessen Wagen wegen Verlagens der Remeien zum Teil 200 Meter tief in den Abgrund stürzten. ...

Der Raubüberfall im Hamburger Geschäftszentrum

Der Polizei ist es gelungen, die Persönlichkeit des Räubers, Sonnabend abend den gemeinen Raubüberfall auf den Altonaer Platz in der Großen Theaterstraße verübte und dann Mord beging, festzustellen. ...

Muttermord aus Versehen

In Briefen (Mark) hat bei dem Versuch, ein für die Jugend geladenes Tesching vor der Mutter zu verbergen, 16 Jahre alte Sohn des Bahnarbeiters Hankowiat mit unglücklicherweise losgehenden Waffe die am Nähtbrett liegende Mutter tödlich getroffen.

Frühlingsluft macht Diebe

Vom Sonnabend bis Montag morgen sind in Berlin nicht weniger als elf Autos gestohlen worden. Das ist eine Rekordzahl, die in der Chronik der Berliner Autodiebstähle seit langem erreicht worden ist. ...

Untersuchung gegen Beamtenbankschuldige

Der Untersuchungsrichter beim Landgericht I Berlin hat Antrag der Staatsanwaltschaft gegen acht Personen die Untersuchung wegen der Schuld am Zusammenbruch der für Deutsche Beamte eingeleitet. Die Vorstandsmitglieder

Die Katastrophe in Südfrankreich

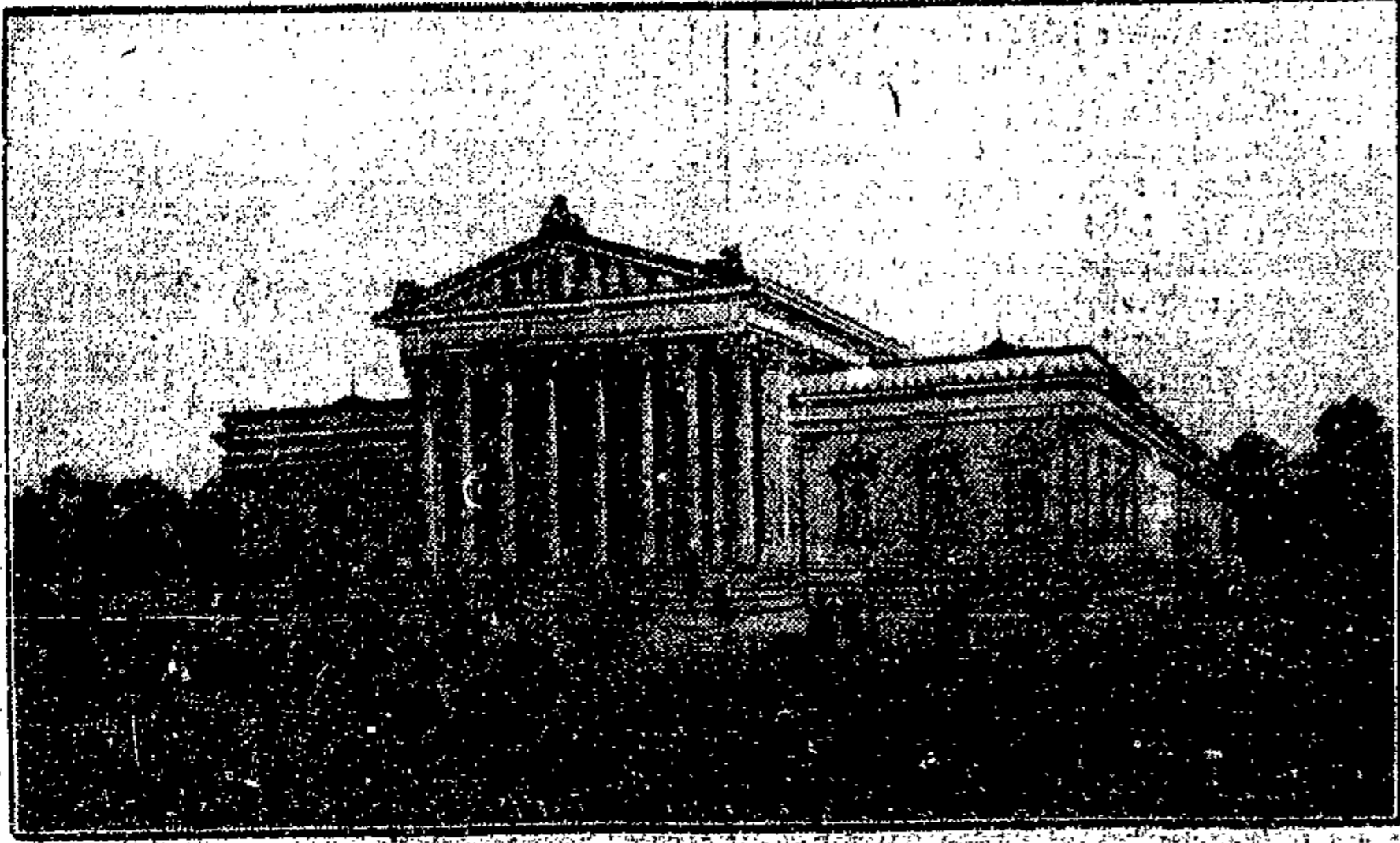
Von unserem in das Unglücksgebiet nach Südfrankreich entsandten Sonderkorrespondenten

Bordeaux, 9. März. (Eig. Drahtbericht.) In rasender Eile stürzen und schäumen die Bäche und Flüsse zum Meer. Ihr Wasserstand geht bis zu zehn Meter tief. ...

einem solchen Unglück zu bewahren. Waldmangel ist seine Hauptursache. Der geringe Fortbestand der verwüsten Provinzen ist von 1914 bis 1918 zu militärischen Zwecken bis auf ein Minimum abgeholt worden und der Wiederaufbau Nordfrankreichs ließ die Aufforstung im Süden vergessen. ...

Die Katastrophe wird täglich größer. Täglich stürzen neue Häuser krachend zusammen, neue Straßenzüge müssen geräumt werden, weil sie vom Einsturz bedroht sind. ...

Meisterwerke der Architektur



Die Könige in klassischem Stile errichtete Gebäude, das die Sammlung antiker Masken in sich vereinigt, wird 1930 hundert Jahre alt. Unsere Wiebergabe eines alten Stiches zeigt die Gypsothek in den ersten Jahren nach ihrer Vollendung.

Unbeschreiblich ist der Jammer der Zurückgebliebenen, denen nichts geblieben ist als das Hemd auf dem Leide. Sie sind aus den Betten heraus auf die Straße gestürzt. Stumm und starr stehen die Menschen vor den Trümmern ihrer Häuser und lauschen, ob nicht die dort verschütteten Angehörigen Lebenszeichen geben. ...

## Fehler der amtlichen Lohnstatistik

### Der Deutsche Baugewerksbund widerlegt das Statistische Reichsamt

Das Statistische Reichsamt hat die Löhne einer Reihe von Industrien untersucht. Die Ergebnisse dieser Untersuchung liegen bis jetzt vor von wichtigen Zweigen der chemischen Industrie, der Textil- und der metallverarbeitenden Industrie, der Holz- und Schuhindustrie und seit kurzem auch von der Bauindustrie Ostdeutschlands. Hierzu wird uns aus dem Deutschen Baugewerksbund geschrieben: Kennern der Verhältnisse war es seit langem kein Geheimnis, daß die amtliche Tariflohnstatistik verfehlt ist. Einen gründlichen Ueberblick über die Lohnspannen von Industrie zu Industrie und möglichst auch über die absolute Höhe der in den einzelnen Industrien gezahlten Löhne gibt diese Statistik nicht, und was sie gibt, ist ein in methodischer Beziehung mehr als ansehnlicher Ueberblick über die tariflichen Zeitlöhne. Die Lohnspannen von Industrie zu Industrie, wie sie sich nach der Tariflohnstatistik darstellen, sind, ganz abgesehen von ihren in der Methode begründeten Fehlerquellen, in Wirklichkeit glattweg irreführend.

Die bisherigen Erhebungen haben ergeben, daß die Zuschläge, die zu den tariflichen Zeitlöhnen gezahlt werden, eine sehr verschiedene Höhe erreichen. Sie stellen sich folgendermaßen: in der chemischen Industrie bei Betriebsarbeitern im Zeitlohn 19,6 Prozent, bei Handwerkern 24,9 Prozent; in der metallverarbeitenden Industrie bei den Facharbeitern im Zeitlohn 24,7 Prozent, bei den Angelernten 16,2 Prozent, bei den Hilfsarbeitern 10 Prozent; in der Bau- und Möbelfabrikation bei den Facharbeitern 8,3 Prozent, bei den Angelernten 2,5 Prozent und in der Schuhindustrie bei den Facharbeitern 16,5 Prozent. In der Mehrzahl aller Industrien gibt es neben den tariflichen Zeitlöhnen noch einen tariflich garantierten Akkordlohn. Die Verdienste, die im Akkordlohn erzielt werden, gehen über den garantierten Akkordlohn selbstverständlich hinaus. Wichtig ist, daß der tarifliche Akkordlohn in der Regel über dem tariflichen Zeitlohn liegt und daß auch die zum Akkordlohn verdiente Zuschläge verschieden ausfallen. Diese doppelte Ueberlagerung der tariflichen Zeitlöhne bringt eine weitere Verschiebung zwischen den Lohnspannungen, wie sie sich nach der Statistik der Tariflöhne ergeben.

Im Baugewerbe ist Akkordarbeit eine auf nur sehr wenige Orte beschränkte Ausnahmeerscheinung und auch dort, wo es Akkordarbeit gibt, ist nur der Zeitlohn garantiert; einen über den Zeitlohn liegenden Akkordlohn gibt es nicht. Scheidet man die wenigen Vertragsgebiete, in denen im Baugewerbe Akkordarbeit geübt wird, aus, dann ergeben sich nachstehende Uebersehreitungen in den tariflichen Zeitlöhnen: bei den Maurern 2,9 Prozent, Zimmerern 0,9 Prozent, Hilfsarbeitern 2,8 Prozent, Tischbauarbeitern 2,8 Prozent. Das sind die Durchschnittszahlen für die acht ostdeutschen Vertragsgebiete mit Ausnahme von Groß-Berlin. Die ostdeutschen Durchschnittszahlen werden mit jedenfalls nur geringfügigen Abweichungen auch im übrigen Reichsgebiet gelten. Die im Vergleich zu den Maurern verhältnismäßig hohen Uebersehreitungen bei den Hilfsarbeitern erklären sich daraus, daß den Hilfsarbeitern auch Angelernte und angehende Facharbeiter zugerechnet werden, die ihrer hohen physischen Leistungen wegen zum Teil besondere Zuschläge erhalten; dabei handelt es sich zum Teil um Zuschläge, die zwar tariflich festgelegt sind, in der Statistik aber nicht unbedingt als tariflich erkennbar sind und deshalb die Spannen zwischen Tariflohn und wirklichem Lohn künstlich vergrößern.

Aus all dem ergibt sich zweifelsohne, daß beim Bauarbeiter in mindestens 90 Prozent aller Fälle — auch dann müßten in Deutschland immer noch rund 200 000 Bauarbeiter im Akkord arbeiten, was ganz ausgeschlossen ist — der tarifliche Zeitlohn mit dem wirklich vereinnahmten Lohn nahezu identisch ist, während bei den übrigen Industrien im Reichsdurchschnitt nachweislich sehr erhebliche Uebersehreitungen vorliegen.

Die Bauarbeiter können verlangen, daß klare statistische Verhältnisse geschaffen werden; denn sie haben bei der Legende von den hohen Bauarbeiterlöhnen die Fische zu bezahlen.

## Wiener Arbeitslosigkeit geht zurück

In Wien zeigt sich zum ersten Male nach vielen Wochen ein kleiner Rückgang der Arbeitslosigkeit. Ende Februar haben in Wien 99 418 Arbeitslose Unterstützung bezogen — 660 weniger als 14 Tage vorher.

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit erklärt sich aus dem — diesmal sehr späten — Beginn der Frühjahrssaison in der Schneidelei. Im Baugewerbe ist ein fast unmerklich geringer Rückgang der Arbeitslosigkeit zu beobachten. Wie furthbar die Arbeitslosigkeit immer noch ist, zeigt die Tatsache, daß in Verhältnis zum Vorjahr mit seinen abnormen Witterungsverhältnissen im Augenblick immer noch nahezu 8000 Unterstützte mehr vorhanden sind.

## Was tut der Amerikanische Gewerkschaftsbund für die Arbeiter?

Diese Frage wird in der Gewerkschaftsbewegung der Vereinigten Staaten von den fortschrittlichen Elementen von Tag zu Tag stürmischer gestellt. Die bisher von dem Gewerkschaftsbund in der Negativfrage angewandten Organisationsmethoden werden einer scharfen Kritik unterzogen. Das Ergebnis dieser Kritik besteht in der Schlussfolgerung, daß es dem farbigen Arbeiter genau so wie dem weißen gestattet sein müßte, den bestehenden Gewerkschaften in Massen beizutreten. Im anderen Fall sei der Fortschritt der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung erschwert in Frage gestellt.

Von den dem Gewerkschaftsbund angeschlossenen 105 Verbänden wolle man dem Negativ überhaup nicht wissen, und der Bund kann gegen die scharf abweisende Haltung dieser Verbände kaum etwas tun. Der Versuch, mit der Bildung farbiger Sonderverbände um die Schwierigkeiten herumzu-

kommen, ist total fehlgeschlagen. Alle Sonderverbände für farbige Arbeiter sind zum Absterben verurteilt; denn der farbige fühlt sich als Mitglied solcher Verbände nur von neuem deklariert.

## Die sozialen Einrichtungen des Deutschen Textilarbeiterverbandes

### Und was sie leisten

Was Gewerkschaften für die Arbeiter leisten, zeigt eine Aufstellung des Deutschen Textilarbeiterverbandes über die Ausgaben für soziale

Noch steht das Erwerbslosenzähler auf 2,5 Millionen Hauptleistungsempfängern in der Arbeitslosenversicherung, aber einige Landesarbeitsämter melden bereits eine teilweise und allmähliche Beseitigung des Arbeitsmarktes.

Diese leichte Besserung hängt einmal mit der nunmehr beginnenden Frühjahrseinstellung in der Landwirtschaft, sodann mit der etwas gesteigerten Vermittlungstätigkeit für das Bekleidungs- und das Genußmittelindustrie zusammen.

Die Schlüsselindustrie, Kohle, Eisen wie auch der Verlehn noch Kräfte ab. Die Verminderung der Kaufkraft der Massen beeinflusst ungünstig die Verbrauchsgüterindustrie. Die Entwicklung des Arbeitsmarktes ist in den einzelnen Bezirken nicht einheitlich, aber die Grundtendenz Anfang März ist unverkennbar eine gewisse Entspannung.

Ueber ihren Charakter dürfen wir uns nicht täuschen. Die leicht gestiegene Nachfrage nach Arbeitskräften entspricht den Erwartungen, die auf den Ausgang des Winterhalbjahres gesetzt sind. Diese Erwartungen sind nur zum kleinsten Teil bisher erfüllt, denn Landwirtschaft, Baugewerbe, Bergbau und auch andere jahreszeitlichen Einflüssen unterworfenen Industrien zeigen längst nicht die Aufnahmefähigkeit früherer Jahre.

Von einem Konjunkturschwung oder auch nur von dessen Beginn kann noch keine Rede sein.

## Notwendiger Arbeiterschutz

# Der Kampf um die Polizeistunde

### Die Arbeit in Gast- und Schankwirtschaften

Der Kampf um die Polizeistunde hat von neuem die Öffentlichkeit auf die Lage der Gastwirtschaftlichen aufmerksam gemacht. Besonders Interesse beansprucht daher eine solche vor dem zweiten Vorstehen des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten, Richter, herausgegebene Abhandlung über „Die Arbeitsverhältnisse in den Gast- und Schankwirtschaften nach den Berichten der deutschen Gewerbeaufsichtsbeamten für das Jahr 1928“. Die Berichte dieses Jahres befassen sich auf Grund einer Anregung des Reichsarbeitsministeriums besonders eingehend mit der Lage des Gastwirts-personals, und sie sind deshalb besonders beachtenswert, weil das Reichsarbeitsministerium die Absicht hat, das Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe teilweise nicht unter die Bestimmungen des kommenden Arbeitsschutzgesetzes zu stellen, sondern seine Arbeitsverhältnisse insbesondere die der weiblichen und jugendlichen Teilnehmer durch eine besondere Verordnung zu regeln. Dieser Plan entspricht nicht den Wünschen der freigewerkschaftlichen gastwirtschaftlichen Arbeitnehmer und er begegnet auch in weiten Kreisen der christlich und demokratisch organisierten „Schankwirtschaftlichen“ lebhaften Bedenken. Die Kernstücke der Berichterstattung beschäftigen sich mit der Arbeitszeit und den Ruhetagsfragen, sowie mit der gerade im Gastwirts-gewerbe besonders kritischen Arbeitsbereitschaftsfrage.

## Weitere Konzentration in der Waggonindustrie

### Schöndorff kommt zu Vinte-Hosmann.

Die unter Druck der Reichsbahn-Gesellschaft vor sich gehende Rationalisierung der Waggonindustrie scheint eine entscheidende Wendung genommen zu haben. Nach der Inflation wurde es immer deutlicher, daß die bisher in viele Fabriken zerstückelte Produktion nicht zu halten war. Es kam deshalb zu einer Konzentration. Zunächst schlossen sich unter Führung von Weyers-Düsseldorf zwei deutsche Firmen (Killing-Hagen, Jypen und Charlier-Rhein) zu einem westdeutschen Waggontrust zusammen. Dieser Trust ersetzte aber bei weitem nicht alle Firmen in Westdeutschland, so z. B. nicht die wichtige Schöndorff A.-G. in Düsseldorf. Als Gegenmaßnahme tat sich unter Führung von Vinte-Hosmann-Busch ein ostdeutscher Waggontrust auf. Zwischen diesen beiden Trusts begann der Kampf um die Außenwelt, das heißt in erster Linie um Schöndorff, die die Waggonfabrik Juch-Heidelberg beherrschte und auch Verbindungen nach den Norddeutschen Waggonfabriken in Bremen unterhielt. Dieser Kampf war der gewöhnliche Machtkampf. In die ganze Angelegenheit waren die Großbanken verwickelt und diese trugen den Kampf rein kapitalmäßig aus.

Die Dinge sind jetzt so weit geblieben, daß die Banken die Majorität von Schöndorff an Vinte-Hosmann verkauft haben. Dadurch wird der Machtkampf des Ostwaggontrusts abgerundet. Vinte-Hosmann haben außerdem in Köln Stützpunkte in der Waggonfabrikation. Die Dinge liegen nun so, daß jetzt die Auseinandersetzungen zwischen dem West- und Ostwaggontrust beginnen können. Die Öffentlichkeit hat allerdings weniger Interesse an diesen Kämpfen, sondern daran, daß die Waggonfabriken endlich ihr Rationalisierungsprogramm durchführen und zu einer Gesundung der nun schon seit langem darniederliegenden Industrie kommen.

Unterstützungen. Danach hat im vergangenen Jahre der Verband an seine Mitglieder über eine Million Mark — genau 1 105 000 Mark — Arbeitslosen unterstützt; davon entfallen allein auf das vierte Quartal 1928 329 820 Mark. Die Aufstellung zeigt, daß die Arbeitslosen der Textilindustrie bereits eine gewisse Stabilität erreicht haben, die sich aus der Rationalisierung ergibt. Tausende von Textilarbeitern nehmen die ihnen nach dem handschriftlich zustehende Unterstützung voll in Anspruch, da für keine Möglichkeit besteht, in den Produktionsprozess einzugehen zu werden.

Die Beiträge, die der Verband für Kran- und Unfallunterstützung im vergangenen Jahre ausgegeben hat, betragen gleichfalls weit über eine Million; sie betragen sich auf 1 207 000 Mark.

Das sind Zahlen, die sprechen. In ihnen spiegelt sich der soziale Wert der Gewerkschaften. Mit diesen Millionen hat der Deutsche Textilarbeiter-Verband bei seinen arbeitslosen und kranken Mitgliedern viel Not und Elend gemildert, manche Träne getrocknet.

Ob der saisonmäßige Rückgang der Arbeitslosigkeit Konsumkraft zu steigern und dadurch weitere Verbrauchsgüterindustrien zu beleben vermag, muß abgewartet werden. Kapitalistische Presse vertritt sich von einer weiteren Spannung der Kreditmärkte einen reichlicheren Kapitalzufluß einen wachsenden Widerstand gegen den wirtschaftlichen Niedergang.

Die Erwerbslosigkeit und damit das Elend von Millionen deutscher Arbeiter und ihrer Angehörigen ist jedenfalls nicht heute auf morgen behoben. Die unbedingte Sicherung und Gestaltung der Arbeitslosenversicherung steht im Vordergrund politischen und sozialen Kampfes.

Die Sicherung der Existenz von rund vier Millionen der Erwerbslosigkeit betroffenen Volksangehörigen, die Erhalt ihrer Arbeitskraft muß das Ziel jeder vernünftigen Politik. Allen Schwierigkeiten zum Trotz verfolgen die Sozialdemokratische Partei in enger Gemeinschaft mit den freien Gewerkschaften dieses Ziel in der Erkenntnis, daß verwirklichte Sozialpolitik den Erwerbslosen am besten die heutige Krise überwindet.

Darüber hinaus werden die berufenen Organisations- und Arbeiterkraft alle Kräfte für die Inangriffnahme der Arbeit einsetzen, um so den Erwerbslosen durch Taten zu helfen.

Schon ein flüchtiger Blick in die Feststellungen der Gewerbeaufsichtsberichte zeigt, daß die Arbeitsverhältnisse in den Gast- und Schankwirtschaften vor allem in den kleineren und mittleren Betrieben, ganz besonders auch in den Fremdenheimen noch sehr im Argen liegen. Mit besonderem Nachdruck wird deshalb von Richter der in der Uebersicht immer wieder erhobene Einwand, daß scharfer Arbeiterschutzes für die Kleinbetriebe „nicht durchführbar“ sei, aufs schärfste zurückgewiesen. Dieser Einwand, besagt Richter, bezieht sich nur auf diejenige Gewerbebranche, in der gesunde Zustände herrschen, die vor allem durch die viel zu geringe und aufnehmend noch immer wachsende Zahl der Unternehmungen hervorgerufen werden. Im Jahre 1926 sei in Preußen der Durchschnitt schon auf 277 Einwohner eine Gast- und Schankwirtschaft gekommen, und zwar in den Städten durchschnittlich auf 212 auf dem Lande auf 243 Einwohner. Den überlieferten Zahlen hätten die Provinz Hannover mit 232 und Hessen-Nassau mit 229 Einwohnern pro Gast- und Schankwirtschaft. Unter diesen Umständen könne natürlich eine Reihe von Unternehmungen dadurch sich über Wasser halten, daß jeder Arbeiterschutzes mieden würde. Auf solche Unternehmungen Rücksicht zu nehmen, ist völlig verkehrt; denn gerade in ihnen seien die dringender Arbeiterschutzes am nötigsten.

## Der Reichsbankausweis vom 7. März

Bringt die Begründung für die abermalige Herabsetzung des Reichsbankdiskonts. Die Gesamtbeanspruchung des Reichsbankguthabens um 259,6 Millionen Mark zurück. Der Rückgang größer als im vorigen Monat. Aber die Gesamtbeanspruchung macht für den 7. März — 2122 Millionen Mark aus gegenüber 2108 Millionen Mark am 7. Februar. Von besonderer Wichtigkeit ist die Tatsache, daß sich die Bestände an Gold, Silber, Wechseln und Schecks um 1,4 Millionen Mark auf 1918,2 Millionen Mark steigerten. Im vorigen Monat lag noch ein Rückgang um 67,9 Millionen auf 1950,9 Millionen Mark vor. Die Entwicklung läßt darauf schließen, daß die Beanspruchung des Reichsbankguthabens im Juniemonat begriffen. Die Gold- und Devisenbestände haben sich weiter erhöht und betragen 55,8 Millionen auf 283,9 Millionen Mark. Die Goldbestände allein steigerten sich um 17,8 Millionen auf 246,2 Millionen Mark. Die Bestände der Deckungsdevisen um 18 Millionen auf 101,7 Millionen Mark.

Die Deckung der Noten durch Gold allein besserte sich um 51,8 Prozent in der Vorwoche auf 55 Prozent, diejenige durch Gold und deckungsfähige Devisen von 59,9 Prozent auf 63,9 Prozent.

## Lindau und Winterfeld ohne Eigenfabrikation

Aus Tabakarbeiterkreisen wird uns geschrieben: Die Städte Lindau & Winterfeld besitzt in allen größeren Städten Deutschlands zahlreich Zigarrenfabriken. Nachdem sie Anfang des Jahres ihren letzten Produktionsbetrieb in Halberstadt stillgelegt und damit vollständig über 100 Arbeiter los gemacht hat, handelt es sich nun mit fertigen Zigarren. Diese ungeschliffen betreibt jedoch die Firma in ihren Dresdener Zigarrenfabriken und aller Wahrscheinlichkeit nach auch in den übrigen Zweigfabriken folgende Geschäftszweige: „Guthaus Lindau & Winterfeld durch die neuen Lindauer Zigarren aus allerhöchster Produktion unter der ersten Rohfabrikation.“

„Besonders preiswert und gut.“ Diese Geschäftszweige werden zweifellos den Arbeitern als ob die Firma nur eigene Fabrikate verkauft. Die Städte Lindau & Winterfeld liegt demnach nicht einmal eine wirtschaftliche Täuschung ihrer Kundenhaft, wenn es gilt, ihren ohnehin nicht geringen Profit noch zu steigern.